

Volkstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von A. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 2. — Fernsprecher: Ulrichsstraße 2, Nachtraß Seite 110. — Preis: Monatlich 2,00 Mark, Vierteljährlich 5,00 Mark, Einzelpreis 15 Pfennig, Sonntags 20 Pfennig. Anzeigenpreise: Die 10gespaltene 27 Millimeter breite Nonpareilzeile brüchig 20 Pf., auswärts 30 Pf., Familienanzeigen und Stellengesuche 12 1/2 Pf., Vereinskolonnen 30 Pf., die dreigespaltene 30 Millimeter breite Neffenzeile brüchig 100 Pf., auswärts 150 Pf., Rabatt acht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Für Platzvorrichtungen keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg, Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 127.

Magdeburg, Freitag den 4. Juni 1926.

37. Jahrgang

Steuern für die Fürsten.

Das Reich schwimmt im Gelde der Steuerzahler. Das ist die Meinung vieler Staatsbürger. Sie haben infolgedessen den begreiflichen Wunsch, daß die Steuerlasten ermäßigt werden. Für das Jahr 1924 war diese Anschauung zutreffend. Damals erzielte das Reich einen Ueberschuß von zwei Milliarden Mark. Auch im Jahre 1925 hat die Reichskasse noch beträchtliche Ueberschüsse gehabt.

Inzwischen hat sich aber die Lage geändert. Eine ganze Reihe von Steuern sind abgebaut oder ermäßigt worden. Die Weinsteuern und die Zugssteuern sind ganz verschwunden. Die Besitzsteuer sind erheblich gemildert. Auch die Umsatzsteuer und Lohnsteuer konnten herabgesetzt werden. In den Ausgaben ist kein wesentlicher Rückgang eingetreten. Die Unterstützungen, die Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe vom Reich beanspruchen, haben im Gegenteil viele Millionen verschlungen.

Zu alledem kommt der Einfluß der Wirtschaftskrise. Zwei Millionen Erwerbslose und eine fast ebenso große Zahl von Kurzarbeitern belasten nicht nur die Allgemeinheit mit Riesenbeträgen, sie fallen auch als Steuerzahler vollkommen aus. Zahllose selbständige Existenzen haben ihren Betrieb einstellen oder einschränken müssen. Auch ihre Steuerkraft ist geschwunden. Je länger die Wirtschaftskrise andauert, um so stärker müssen ihre Einwirkungen auf den Steuerertrag werden. Langsam, aber sicher

gehen die Reichseinnahmen zurück.

In den vier Monaten Januar bis April 1926 hat das Reich gegenüber dem Vorjahre eine Mindereinnahme von 333,7 Millionen Mark gehabt. Die Einnahmen sind also um ein volles Fünftel zurückgegangen. Das ist um so bedeutender, als sich hierin nur der Einfluß der Wirtschaftskrise ausdrückt. Denn die jüngst beschlossenen Steuermildernngen, die erst am 1. April 1926 in Kraft getreten sind, werden erst in den nächsten Monaten wirksam werden und einen weiteren Rückgang der Reichseinnahmen herbeiführen.

Besonders groß ist der Rückgang des Ertrags der Umsatzsteuer und der Lohnsteuer. Der Ertrag der Umsatzsteuer ist in den Monaten Januar bis April 1926 um etwa 40 Prozent, der Ertrag der Lohnsteuer um etwa 30 Prozent niedriger als in den entsprechenden Monaten des Jahres 1925. Bei Verteilung dieser Zahlen ist zwar zu berücksichtigen, daß der Steuerertrag bei der Umsatzsteuer 1925 1 1/2 Prozent, 1926 aber nur 1 Prozent betrug. Bei der Lohnsteuer war der Freibetrag 1925 60 Mark monatlich, 1926 100 Mark monatlich. Der Rückgang des Ertrags bei beiden Steuern ist aber wesentlich größer als die Herabsetzung des Steuerjahres bzw. der Steuerbelastung. Also auch hier ist der Steuerertrag die

Folge der Wirtschaftskrise.

Da die Wirtschaftskrise andauert, muß mit einem weiteren Rückgang der Steuererträge gerechnet werden. Wenn bei der Lohnsteuer wird, wenn sich die Wirtschaftslage nicht bald und entscheidend bessert, ein Jahresfehlbetrag von rund einer Viertel Milliarde zu verzeichnen sein. Auch bei der Umsatzsteuer wird die Summe des Gesamtjahres von rund einer Milliarde Mark bei dem beschriebenen Steuerertrag von 1/2 Prozent nicht erreicht werden. Auch bei anderen Steuern sind Fehlbeträge wahrscheinlich. Die Finanzlage des Reiches beginnt also sehr ernst zu werden. Und wenn auch im Augenblick keine unmittelbare

Gefahr für die Stabilität der Reichsfinanzen besteht, so kann sie doch entstehen. Die Zeit der Überbrückung in dem Reichsfinanzen ist endgültig vorbei. Will das Reich seine Verpflichtungen gegenüber seinen notleidenden Bürgern auch nur im bescheidensten Umfang erfüllen, so wird es mindestens die bisherigen Steuerleistungen aufrechterhalten müssen. Es kann vor allem aber keine neuen weittragenden finanziellen Verpflichtungen übernehmen.

Am allerwenigsten aber kann das Reich die

Fürsten mit Milliardenbeträgen abfinden.

Daß diese Milliardensummen zum größten Teile aus Grundbesitz und nur zum kleineren Teil aus Paraphrasierungen bestehen, ist von untergeordneter Bedeutung. Die Paraphrasen auf alle Fälle in die Hände von Milliarden, um die die öffentlichen Kassen erleichtert werden sollen. Die Ueberschüttung von erheblichem Grundbesitz auf der einen Seite und die öffentliche Kassen die daraus

Auch der Einwand, daß diese Lasten nur die Länder treffen und nicht das Reich, ist völlig verfehlt. Die Länder leben finanziell vom Reich. Ihre eigenen Einnahmen sind klein gegenüber den Zuschüssen, die sie vom Reich erhalten. Jede Belastung der Länder ist eine Belastung des Reiches und der Allgemeinheit der Steuerzahler. Werden solche Lasten übernommen, so sind sie ohne weitere Anspannung der Steuern nicht aufzubringen.

Es besteht also die Gefahr, daß das notleidende Volk aufs neue opfern muß, damit die entthronten Fürsten ein behagliches Leben führen können. Jeder Pfennig, der den Fürsten zukommt, wird dem wirklich Bedürftigen entzogen werden. Wenn schon jetzt kein Geld für die Erwerbslosen, die Invaliden, die Kriegsoffer, die existenzlosen Auslandsdeutschen und die enteigneten Sparer vorhanden ist, nach der Fürstenabfindung wird es noch viel weniger da sein.

Schon jetzt wollen die reaktionären Kreise alle sozialen Lasten und Verpflichtungen abbauen. Ihnen sind die Erwerbslosenunterstützung, die Unfall-, Alters-, Invaliden- und Kriegsentrenten viel zu hoch. Daß Pensionen für Generale mit 20 000 Mark jährlich zu hoch sind, ist aber von diesen Kreisen noch nie behauptet worden. Offiziere und Fürsten sollen unter Ausnahmestellung stehen.

Das Interesse des Volkes gebietet aber, daß die Ansprüche habgieriger Fürsten abgewiesen werden. Die Not Deutschlands muß von allen gemeinsam getragen werden!

Paul Herk.

„Harmlose“ Puttschiffen.

Der berühmte Daffadenkletterer, den ein geistesgegenwärtiger Hotelgast durchs Fenster schlenderte, hat sich vor Gericht mit der Ausrede verteidigt, er sei lediglich aus sportlichem Ehrgeiz an der Hotelwand emporgestiegen, von Einbruchabsichten könne natürlich keine Rede sein.

Ja, möchte man glauben, daß dieser Mann bei den Führern der „Kaiserlich-königlichen“ Verbände in die Schule gegangen ist: denn diese Herren machen es keinen Deut anders. Sie verfassen einen Diktaturplan, die sogenannte Rotverfassung — rein als Stilübung! Ein Aufmarschplan gegen Berlin ist sie und fertig — theoretische Spielerei eines Generalstabes! Nächliche Schreihübungen, Kleinakaliberschießen — lediglich zur wortlichen Vertüchtigung der Jugend!

Zeit Ludendorffs Morgenpatziergang am Brandenburger Tor ist diese Harmlosigkeit das A und O aller rechtsputtschiffischen Vorbereitungen. In ihr gefällt sich die flammende Entrüstung gegen jedermann, der diese Harmlosigkeit anzuzweifeln wagt. Wie brauste sie im Preussischen Landtag auf, als der Ministerialdirektor Abegg das Material vorlegte, das den Hanswuthungen zugrunde gelegen hatte. Die Rechte ließ ihn einfach nicht reden, sie brüllte ihn nieder. Allerdings ist der Eifer zu begreifen, mit dem sie diese Stimme der Wahrheit zu erlöchen suchte.

Wer die Entrüsteten aus der Nähe sah, der merkte deutlich das Markierte dieses Gejohles. Natürlich: wer soll die Entrüstungsansprüche eines in seiner weiblichen Ehre gekränkten Mädchens ernst nehmen, wenn die zeternde Jungfer drei Kinder neben sich stehen hat?! Kapp-Butsch, Buchruder-Butsch, Güller-Butsch — das sind die drei schlagenden Illustrationen zu dem Gejöhre der Rechten.

Am lautesten gelte das Geheul der reaktionären Reute auf, als Ministerialdirektor Abegg die wichtige und bis dahin unbekannte Meldung machte, daß

die Anzeige von Mitgliedern der Kaiserlich-königlichen

Verbände selbst aus innerer Gewissensnot und Herzensangst gemacht worden ist. Nun setzte systematisches Gebrüll ein: „Die Namen, die Namen!“ Natürlich wissen die Herren sehr wohl, daß eine Polizei, die ohne Not die Namen von Anzeigerstählern preisgibt, in künftigen Fällen auf Mittelungen nicht mehr zu rechnen hätte. Fällt doch die „Deutsche Zeitung“ bereits über die ihr unbekanntem Anzeigerstähler mit „Lumpen-“ und „Denunzianten“-Gebrüll her. Ein Kommando steht wohl auch schon bereit. Sechzehn bisher angegedachte Genemorde scheinen nicht zu genügen.

Aber merkwürdig, gerade die Angeeschuldigten um Glas

gingen seinerzeit Anzeige erstattet hätten. Auch „Lumpen“ und „Denunzianten“ für die „Deutsche Zeitung“?

Wader stößt in das Entrüstungshorn die Deutsche Volkspartei. Natürlich nur provisorisch. Sie kann es nicht verschmerzen, immer noch außerhalb der preussischen Regierung stehen zu müssen. Würde man die Deutsche Volkspartei in die Regierungskoalition aufnehmen, so würde zweifellos Herr Regehthin, ihr Sprecher, die Maßnahmen der Polizei ebenso überzeugt gelobt haben, wie er sie am Dienstag in Grund und Boden verdonnerte.

Das ist keine Theorie, sondern erprobte Praxis. Im Jahre 1921 — zur Zeit der kurzen Herrschaft Stegerwald-Dominicus — hatte die Deutsche Volkspartei zusammen mit den Deutschnationalen einen Untersuchungsausschuß gegen Sebering wegen der mitteldeutschen Unruhen durchgesetzt. Herr v. Eynern, Herr Regehthin usw. taten sich sechs Monate lang als gewaltige Ankläger und Kritiker der Seberingischen Maßnahmen hervor. Aber auf einmal stürzte das Kabinett Stegerwald und wurde abgelöst durch das Ministerium der großen Koalition, in dem Sebering mit Unterstützung der Volkspartei wieder als Innenminister amtierte. Gilgig liefen die Herren v. Eynern und Regehthin zu dem sozialdemokratischen Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses, um mitzuteilen, daß nach Ansicht der Deutschen Volkspartei

Sebering völlig gerechtfertigt

aus den Untersuchungen hervorgegangen sei!

So würde wohl die Deutsche Volkspartei auch jetzt alles ganz anders finden, wenn sie nicht seit fünfviertel Jahren in der Opposition wäre. Aber trotzdem wäre Herr Regehthin in seinen Anklagen vielleicht vorichtiger gewesen, wenn er gewußt hätte, . . . ja, was gewußt hätte?

In der „B. Z. am Mittag“ ward nämlich die Frage aufgeworfen, wer jene von Abegg genannte „führende rechtsstehende Persönlichkeit“ sei, die das Vorgehen der Polizei gegen die Puttschiffen durchaus gebilligt und angeordnet hat. Die „B. Z.“ glaubt zu wissen, daß es sich um eine führende Persönlichkeit — der Deutschen Volkspartei handelt. Aber in den Wandelgängen des Preussischen Landtags erzählte man bereits am Dienstag als offenes Geheimnis, daß diese Persönlichkeit kein anderer ist als — Stresemann, Reichsminister des Auswärtigen.

Die Volkspartei sollte die Maske der Harmlosigkeit ruhig den Deutschnationalen und Völkischen überlassen, die sie ohnehin so ungehindert tragen, daß sie dauernd verrückt. Jan Jemasch wurden am Montag die Zuschriften der Herren Ahlemann, Wulle, Stude, von Lettenborn vorgelesen. Im Uebereifer, sich gegen den Verdacht der Anführung zum Worde zu wehren, plaudern die Herren die niedlichsten Dinge aus. Sie gestehen den Empfang von Briefen zu, die sich mit einem geplanten Attentat auf Sebering beschäftigen. Entrüstet hätten sie die Briefe vernichtet. — keiner der Herren hat sie der Polizei übergeben oder Anzeige erstattet! Einer von ihnen schreibt: Was brauchen wir zu Attentaten grüne Zungen wie Grütze-Lehder? Wenn wir einen Nord beabsichtigen, so stehen uns jederzeit erprobte Frontkämpfer zur Verfügung, die ihn auch wirklich ausführen!

Mit naiver Offenheit plaudert Herr v. Lettenborn aus, daß die Völkische Partei einen „aktivistischen Mängel“ besitzt, der die Errichtung der Diktatur mit Gewalt antreibt.

Wie schön machen sich neben solchen Schuldbekennnissen im Ausblick die Unschuld- und Entrüstungsgeiern im Plenum! —

Bürgermeister Neumann erledigt.

Das erste Opfer der Rechtsputtschiffen liegt auf der Straße, allerdings einer aus ihren eigenen Reihen: Der als zukünftiger Butsch-Reichskanzler vorgesehene Lübbeker Oberbürgermeister. Das Richtschnur des Völkischen Bürgermeisters Dr. Neumann wurde am Mittwochabend in weiterer Beratung mit 43 gegen 22 Stimmen angenommen.

Damit ist Neumanns Schicksal endgültig besiegelt. Theoretisch bleibt zwar noch die Möglichkeit offen, daß der Senat sich mit Neumann solidarisieren erklärt und den Volksentscheid anruft. Praktisch ist jedoch bei dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis im Senat und der Stimmung in der Bevölkerung nicht damit zu rechnen. Bei der am Donnerstag beginnenden Feier der 700jährigen Reichsfreiheit der Stadt Lübeck wird der Reichsanwalt des Herrn Glas jedenfalls nicht mehr in Erscheinung treten. —

Wer gab die Stammrollen?

In den kommenden Tagen sind in den verschiedensten Teilen des Reiches Regimentsfeiern verschiedener ehemalsiger Truppengattungen angekündigt.

Am 2. und 3. Juni eine Denkmalsweihe vorzunehmen und eine „Wiedersehensfeier“ der 25. Infanteriebrigade zu veranstalten.

Der Regimentsverein des Infanterieregiments Nr. 451 nebst dem Bund ehemaliger Offiziere dieses Regiments hat z. B. in diesen Tagen Einladungen zu der Feier nach Altenrath bei Magdeburg verschickt.

Die sind diese Regimentsvereine in den Besitz der Stammrollen ihrer ehemaligen Regimenter gelangt? Gibt der Reichsverwaltung darüber nicht von sich aus Aufklärung, dann wird schließlich nichts anderes übrigbleiben, als daß sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion danach einmal mit aller Entschiedenheit erkundigt.

Zu wenig zollfreies Gefrierfleisch!

Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund, der Allgemeine deutsche Beamtenbund und der Gewerkschaftsring haben an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft eine Eingabe gerichtet.

In dem Gesand des Reichstages des Reiches über Zolländerungen ist Gefrierfleisch im Rahmen der bisherigen Einfuhr zollfrei zu lassen. Durch die Bestimmungen im Rahmen der bisherigen Einfuhr wird die Möglichkeit gegeben, die zu dem großen Nutzen der Wirtschaft zugeführt werden können.

Das Jahr 1921 sollte indessen als Rekordejahr nicht in Betracht gezogen werden, weil die Produktion der Bevölkerung nach der Währungsreform nach wie vor in dem Maße zu sinken beginnt, daß der Fleischverbrauch im allgemeinen, besonders der Gefrierfleisch-Verbrauch, für die wirtschafterliche Bevölkerung nicht in einem für die Volk-

ernährung notwendigen Ausmaß mäßig war. War doch der Fleischverbrauch der Bevölkerung von über 80 Kilogramm je Kopf im Jahre 1918 auf rund 60 Kilogramm im Jahre 1921 herabgefallen.

Nach den bekanntesten deutschen Physiologen, die in diesem Punkte völlig übereinstimmen, sollte auf den Kopf der deutschen Bevölkerung im Hinblick auf ihre industrielle Betätigung ein Fleischverbrauch von mindestens 70 Kilogramm jährlich entfallen.

Zum gesundheitlichen Wohle der deutschen Arbeiterschaft richten daher die unterzeichneten Spitzenverbände an den Herrn Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft das Ersuchen, als Maßstab zollfrei einzuführendes Gefrierfleisch die Menge zugrunde zu legen, die im letzten Vierteljahr vor Inkrafttreten des Gesetzes eingeführt worden ist.

Angriff auf die bayerische Verfassung

Am Bayerischen Landtag spielte sich am Mittwoch der erste öffentliche Akt um den § 92 der bayerischen Verfassung ab, durch dessen Abänderung die Verfassung rückwärts revidiert werden soll.

Das Hauptziel der monarchistischen Reaktion in Bayern ist die Einsetzung eines Staatspräsidenten und einer zweiten Kammer, um so den alten Obrigkeitsstaat wieder in den Sattel zu setzen.

Bei der Abstimmung in der ersten Lesung wurde dieser Antrag mit einpaar Mehrheit angenommen. Ob sich bei der für den kommenden Dienstag angesetzten zweiten Lesung der notwendige qualifizierte Zweidrittelmehrheit für den Antrag ergibt, ist keineswegs gewiß, da einzelne Abgeordnete des Bauernbundes nicht gewillt sind, der Reaktion Helfershelfer zu leisten.

Braunschweiger Großschmiedprozess

Der heute Tag im Stöckel-Prozess war dadurch gekennzeichnet, daß sich die Angeklagten immer mehr gegenseitig des Involuntariats der Schuld überheben, während der Hauptbeschuldigung, der räuberische Einbruch in die Fabrik immer deutlicher als ungläubig und zweifelhaft wurde.

Als deren Rechtsanwalt Max (Pank) den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands als Zeugen dafür zu vernahmen beantragte, daß eine Fälschung im Vernehmprotokoll der Sozialdemokratischen Partei vorliegt — Kämpfer war Ter-

ständer des Handlungsgehilfenverbandes und hatte sich trotzdem bei der Sozialdemokratischen Partei als Mitglied eingeschrieben, um, wie er glaubte, besser „Karriere“ zu machen — wird dieser Beweisatz zwar abgelehnt, aber durch ihn das Urteil über Kämpfer noch wesentlich vervollständigt.

Die Staatsanwaltschaft befüllt aber nicht nur mit ihrem Zeugen, sondern auch mit ihren weiteren Beweisanzügen immer mehr der Lächerlichkeit. So sah sich selbst der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Gricejus, der die Verhandlung untätig führt, veranlaßt, dem Staatsanwalt zuzurufen: „Sie machen mir die Verhandlungsführung außerordentlich schwer.“

Andrerseits traten Entlastungszeugen auf, die befanden, daß sie häufig für Stöckel Fahrkarten zweiter Klasse zu besorgen hatten und eine Vereinerung durch Reisekostenberechnung nicht in Frage kommen könne.

Das Gericht unterstellte das Vorkommen von falschen Berechnungen als durchaus möglich und verzichtete auf den Zeugen, nachdem dann noch mit vieler Mühe ein Streit geschlichtet war, der zwischen den Zeugen, darunter der schönen Dame aus Medlenburg, auf dem Korridor ausgebrochen war und durch den das Haar noch zu einer Anklage wegen Meineids gekommen wäre, wurde die Verhandlung auf Donnerstag vertagt.

Die Wurzel des Übels

Aus dem Rücken der deutschen Bauern — heute leben deren Nachkommen zum größten Teil als besitzlose Landarbeiter auf den großen Gütern und als Industriearbeiter in den Städten — haben die deutschen Fürsten Riemen geschnitten.

Warum heißt ihr die Fürsten Durchlauchtige? Warum heißt ihr die Hochgeborenen? Ich meine, ihr wäret Christen, aber ihr seid Erzhelden. Seht hin! die Wurzel des Übels, des Diebstahls und der Räuberei sind unsere Fürsten und Herren. Sie nehmen alles Geschaffene als ihr Eigentum: die Fische im Wasser, die Vögel in der Luft, die Gewächse auf Erden, alles muß ihnen gehören.

Das Genen haben die Fürsten gründlich bejagt — allein ichon, um sich an dem wenigen Besitz der Opfer zu bereichern. Den Pfarrer Thomas Münzer ließen sie köpfen. Mit den Bauern von 1525 haben die Fürsten aber auch die werdende deutsche Nation gehetzt. Damals hat sich die Schweiz endgültig vom Deutschen Reich getrennt, ebenso wie Flandern und die Niederlande.

Deutsches Theater

Das ist eine einfache und heitere Geschichte, die uns von Mrs. Cheneys Ende! Sie ist nur ein einziges Kind, Robert Londdale, geboren und ist jetzt schon in der glücklichsten Ehe. Ein einziger Wunsch ist nämlich zu haben und zu bekommen um Verantwortung, um ein Mutter sein zu dürfen, er ist aber auch zu jung und dumm, um ein solches Unternehmen zu führen. So erregt er sich nicht über, sondern lacht und wagt so lange, bis die ihm unbekannten umherwandelnde Götter schließlich genügt ist. Der Heilige ist nicht zu haben, die wir haben. Daß die Gesellschaft für Deutsche, so wie ich und Gedächtnis der einzigen gebildeten Wesen, um es den Gipfel überstiegen auf heranzugehen. Die Mitglieder der englischen Gesellschaft werden es ablehnen, einen Fiktor auf den ihm zu schenken zu lassen. Die Mitglieder der englischen Gesellschaft werden es ablehnen, einen Fiktor auf den ihm zu schenken zu lassen.

Mit einem Wort: das ist eine einfache und heitere Geschichte, die uns von Mrs. Cheneys Ende! Sie ist nur ein einziges Kind, Robert Londdale, geboren und ist jetzt schon in der glücklichsten Ehe. Ein einziger Wunsch ist nämlich zu haben und zu bekommen um Verantwortung, um ein Mutter sein zu dürfen, er ist aber auch zu jung und dumm, um ein solches Unternehmen zu führen. So erregt er sich nicht über, sondern lacht und wagt so lange, bis die ihm unbekannten umherwandelnde Götter schließlich genügt ist. Der Heilige ist nicht zu haben, die wir haben. Daß die Gesellschaft für Deutsche, so wie ich und Gedächtnis der einzigen gebildeten Wesen, um es den Gipfel überstiegen auf heranzugehen. Die Mitglieder der englischen Gesellschaft werden es ablehnen, einen Fiktor auf den ihm zu schenken zu lassen.

Theater auf den Stil des feinen Konversationsstückes. Man überredet nicht noch der leuchtenden Seite hin, aber man quält sich auch nicht geringfügig um den Kampf der Angelegenheit; — man ist lebendig, heiter und gewandt: das ist für die Komödie genug. Mrs. Cheneys galante Perle ist. Man lernte in ihr eine bewegliche, temperamentvolle und verständnisvolle Selbstebene kennen, die vor allen Dingen auch zu sprechen versteht. Als ihr Partner Lord Arthur Dilling gefiel Herbert K. H. L. Er war ein ausdauernder, witziger und humorvoller Windhund. Der Verfasser spricht ihm Natur zu sein (sozial würde er wohl auch besser lernen!), denn seine Unbedenklichkeit würde in bedauerlicher und eckig, daß man ihm leider sprachliche Mittel ganz nachgehe. Eine ganz prächtige Leistung hat Richard Gert als Vorkämpfer Charles; in ihm wirkten sich Eleganz und Würde mit Freiheit und Genügsamkeit, so daß keine Spur an den Reiz überzeuge. Diese Färgensens Lord Elton mit Edith G. Freundl. Man merkt die wunderbarsten komischen Figuren im Hintergrund oder magischer Galtung. Margarete Baranilla, Gipsi Karna, Gipsi Karna, Gipsi Karna und Gipsi Karna. Von ihnen gefiel besonders die leuchtendste, beschreibende große Gipsi Joan Gipsi Karna, die einen edlen, klaren und eleganten und geschickten Publikist unserer Tage auf die Bühne stellt.

Die alte Geschichte beginnt sich. Man hat sich nicht mehr zu gut, um sich nicht schmeicheln zu lassen, — so schenken dem man erwartet aber auch nicht, nach jeder man schon etwas mehr, was nicht ganz falsch ist. Wie hat man ihren Mann — und nicht zuletzt mit Gedächtnis. — zusammen. Wenn man in höchsten werden und leicht eingeschrieben werden eine schön, schöne, bewegliche und bewacht — ungewöhnliche Frau kommt, dann ist sie eine Geschichte. Sie ist ganz wunderbar.

Die alte Geschichte beginnt sich. Man hat sich nicht mehr zu gut, um sich nicht schmeicheln zu lassen, — so schenken dem man erwartet aber auch nicht, nach jeder man schon etwas mehr, was nicht ganz falsch ist. Wie hat man ihren Mann — und nicht zuletzt mit Gedächtnis. — zusammen. Wenn man in höchsten werden und leicht eingeschrieben werden eine schön, schöne, bewegliche und bewacht — ungewöhnliche Frau kommt, dann ist sie eine Geschichte. Sie ist ganz wunderbar.

Sentraltheater

Diese, Lute und Lute, die drei Hochwürdigkeiten, haben es trotz der schwierigen Zeiten doch auf 25 Aufführungen gebracht und für diesen Erfolg verdient. Das klappt sehr gut nach sich denn allenfalls. Es ist ein Schauspiel mit Musikbegleitung und Gesang und Tanz und gibt dem Künstlerpersonele Gelegenheit, auszuweichen zu zeigen, daß es weiter ihn ganz hervorragende Schauspieler gibt, die sich ein Gebiet wohl bewahren. Auch am Schauspiel befinden sie es, die politischen Figuren des Theaters sehr ungewöhnliche zu unterhalten und sie mühen Gedächtnis zu werden. Hat der große Erfolg ein Gefühl zum neuen Beginn sein, daß man ihre Talente und ihr Können zu zeigen mag.

Rechtsturz in Frankreich?

Aus Paris wird uns geschrieben:
Am 1. Juni waren es zwei Jahre her, daß sich in dem Prachtfaal des Palais Bourbon über 80 Abgeordnete der Linken versammelten, um unter dem Vorsitz Serriots, Painlevés und Blums die Demission des vom Nationalen Bloch gestellten Präsidenten der Republik, Alexandre Millerand, zu erzwingen. Der damals getroffenen feierlichen Vereinbarung, aus seinen Händen keinen Auftrag zur Bildung des neuen Ministeriums anzunehmen, vermochte Millerand nicht zu widerstehen. Allen Ermütigungen und allem Geschrei zum Tröge blieb ihm nichts andres übrig, als das Elisee zu verlassen.

Es war eine bittere Enttäuschung für denjenigen, der am 1. Juni 1926 der Kammerführung beizuhören, in der die zwei Jahre zuvor so schwer geschlagene Rechte sich jubelnd hinter eine Regierung stellte, deren Präsident Briand im Jahre 1924 zu den Tatkraftigsten unter den Bekämpfungern Millerands gehörte und deren Kriegsminister Painlevés damals als Präsidentschaftskandidat den mildesten Haß des Nationalen Blochs über sich entladen fühlte.

Die entscheidende Tatsache der Sitzung vom 1. Juni ist, daß der sogenannte Nationale Bloch, die äußerste Rechte, die mal mit eingeschlossen, für die Regierung stimmte, während nicht nur die 97 Sozialisten und die 23 Kommunisten gegen sie waren, sondern auch etwa 90 Radikalsoziale sich enthielten und nur etwa 40 mit der Rechten marschierten, so daß Renaudé bei der Verkündung des Resultats unter dem Beifall der Linken feststellen konnte, daß unter den 313 Abgeordneten, die der Regierung gefolgt waren, sich nicht weniger als 200 Mitglieder der Rechten befanden. Unter normalen Umständen hätte diese Zusammensetzung der Mehrheit genügt, um eine aus Vertretern der Linken zusammengesetzte Regierung zu veranlassen, unverzüglich ihre Demission zu geben. Aber seit dem letzten Donnerstag mußte man, daß Briand entschlossen war, sich angesichts der Finanzlage nicht mehr um die Zusammensetzung der Mehrheit zu kümmern, sondern nur zu verlangen, daß die Mehrheit durch ihre Stärke ihm die Gewähr biete, sich noch eine Zeitlang am Ruder halten zu können, und es ist kein Zweifel, daß, vom reinen Zahlenstandpunkt aus gesehen, eine Mehrheit von 313 eine feste Basis bildet.

Ganz anders erscheinen die Dinge, wenn man sie vom rein politischen Gesichtswinkel aus betrachtet. Würde die Mehrheit vom 1. Juni, die schon einige Tage zuvor der Regierung ermöglicht hatte, über die Linke zu triumphieren, von Dauer werden, was noch nicht sicher ist, so wäre ohne neuen Wahlkampf im Schoße der Kammer vom 1. Juni ein Umsturz vollzogen, der nach einiger Zeit auch in der Zusammensetzung der Regierung zum Ausdruck kommen würde. Denn wenn einstweilen die Radikalsozialen und die republikanisch-sozialistischen Mitglieder der Regierung wie der Innenminister Durand und der Kriegsminister Painlevés und andre sich weigerten, ihre Demission zu geben, so würde doch ihre Stellung unhaltbar werden, wenn die radikalsoziale Fraktion sich entschließen sollte, in der Opposition zu bleiben.

Aber die Hoffnung sowohl Briands wie auch Painlevés ist wohl, die Partei Serriots wieder umzustimmen und bei der tiefen Zerklüftung, die gegenwärtig in den Reihen der Radikalsozialen herrscht, erscheint trotz der gegen die Regierung gerichteten Enthaltung, in die sich die große Mehrheit der radikalsozialen Fraktion am 1. Juni gestürzt hat, die Verwirklichung dieser Hoffnung nicht von vornherein ausgeschlossen.

Militärische „Geheimnisse“.

Wegen Verrats militärischer Geheimnisse und versuchter Spionage hatte sich am Donnerstag unter Ausschluß der Öffentlichkeit der Student Job von Stiegler aus Berlin vor dem fünften Strafsenat des Reichsgerichts zu verantworten.
Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, im Jahre 1925 auf Anweisung des französischen Nachrichtenendienstes im japanischen Organisations- und Bauwesen, u. a. in den Güter-Bund und Organisations-Übersicht, einzutreten zu sein, um militärische Vorgänge in diesen öffentlichen Organisationen zu beobachten und diese dem französischen Nachrichtendienst mitzuteilen. Auch soll er zu diesem Zweck dem Spanier Oberst Obermaier in Berlin beigegeben sein. Im September d. J. hat der Angeklagte an einen Gefreiten, der im Nachrichtenministerium beschäftigt ist, heranzutreten und unter Verschönerung der Tatsachen, die im Interesse der Landesverteidigung geheim zu halten waren, zu erhalten.
Als er festgenommen wurde, fand die Polizei größere Summen Geld bei ihm vor. Das Gericht verzweifle den Angeklagten wegen Verrats militärischer Geheimnisse und versuchter Spionage zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrenverlust.

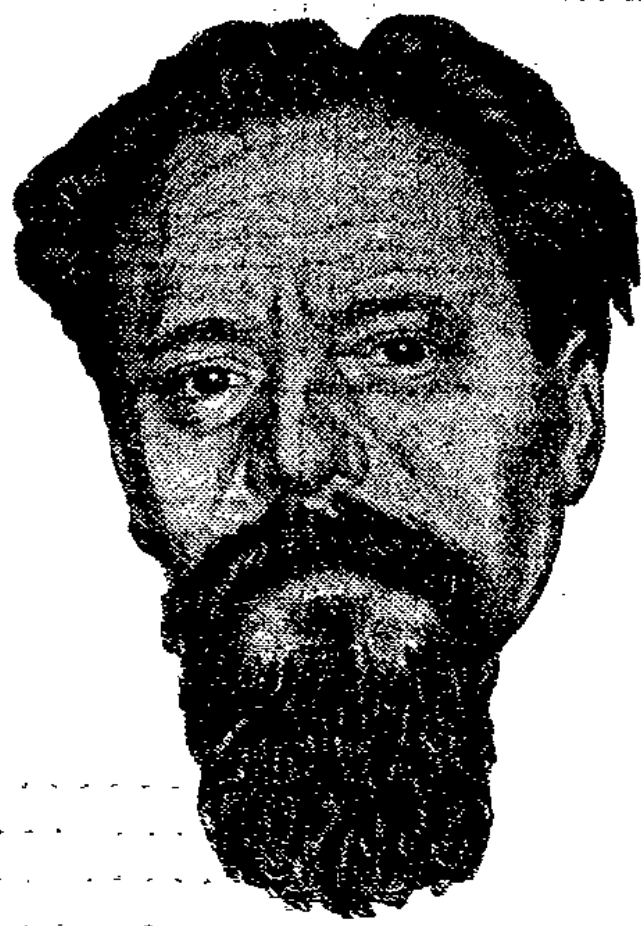
Konflikte in der Abrüstungskommission.

Das militärische Unterkomitee der Abrüstungskommission in Genf hat sich bei der Frage, was unter Friedenshaltung zu verstehen ist, die als Grundlage der Abrüstung angesehen werden kann, in einer sehr wichtigen Sitzung mit einigen Mannern. Während die Gastgeberländer Frankreich und Japan die Reserven nicht in den Bereich der Friedenshaltung einbezogen wollten, verlangte der Gastgeberländer der Vereinigten Staaten, daß sämtliche Reserveformationen gelöst werden müßten, weil sonst die Länder mit abnehmender Wahrscheinlichkeit ungewollt beworben würden gegenüber den Gegnern mit Südpazifikern.
Beide Parteien forderten, daß die Frage sofort entschieden werde, da sie von großer Wichtigkeit sei, so daß ein englischer Delegationsmitglied nicht angenommen wurde. Die Debatte geht heute nachmittags weiter.

Nach einem Bericht aus Genf hat diese Meinungsverschiedenheit zu einem weiteren Konflikt in der Kommission geführt. Der französische und japanische Standpunkt vertritt auch Italien, während die amerikanischen Besatzung von Deutschland unterstützt wird. England vertritt durch einen Delegationsmitglied zu demütigen.

Arbeitskonferenz.

In der Mittwoch-Vormittagsitzung der Arbeitskonferenz in Genf sprachen fast ausschließlich Vertreter des Orients. Der indische Arbeitgebervertreter hatte sich am Dienstag abend gegenüber Japan wegen der Nichtratifizierung der Konvention über die Arbeitszeit, den wöchentlichen Ruhetag und das Nachtarbeitsverbot für Frauen und Kinder beklagt. Am Mittwoch schlossen sich ihm auch der indische Regierungs- und Arbeitervertreter an, worauf der japanische Regierungs- und Arbeitgebervertreter die Verhältnisse in Japan zu reaktieren suchte. Der japanische Arbeitgebervertreter beschwerte sich darüber, daß die Arbeitsorganisation unterdrückt werde. Der chinesische Regierungsvertreter führte u. a. aus, daß solange die internationalen Abkommen auf seinem Lande laßen, es der Regierung unmöglich sei, bessere Wirtschafts- und soziale Verhältnisse herbeizuführen. Als letzter Redner des Vormittags sprach der italienische faschistische Arbeitervertreter, bei dessen Erscheinen



Professor Leffing.

Hochschulprofessor Theodor Leffing in Hannover muß sich wegen seiner Linkseinstellung täglich Anpöbelungen der Studenten gefallen lassen, die ihn daran hindern, Vorlesungen zu halten. Der Standal ist inzwischen so groß geworden, daß ernstlich die Frage erwogen wird, die Hochschule zu schließen. Das wäre durchaus zu begrüßen, dann würde den nationalistischen Lawen endlich einmal klar, daß sie etwas zu verlieren haben.

auf der Tribüne sämtliche Arbeitnehmervertreter demonstrativ den Saal verließen.

Am Nachmittag folgte noch eine Reihe von amerikanischen Rednern, in der Mehrzahl Regierungsvertreter (Kanada, Brasilien, Chile, Uruguay), die sämtlich dem Internationalen Arbeitsamt warme Anerkennung aussprachen. Von dem süd-afrikanischen Arbeitnehmervertreter konnte man vernehmen, wie schwierig das Problem der weißen und farbigen Arbeiter in diesem Land ist, während der rumänische Vertreter zum Schluß die Verzögerung der Ratifizierung der Konvention mit der Regestaltung der Verhältnisse in seinem Lande zu entschuldigen suchte.

Dann folgte die mit Spannung erwartete Antwort des Direktors Albert Thomas auf die 46 Redner zu seinem Geschäftsbericht. In feiner gewohnter Wärme und Lebhaftigkeit hatte er bald seine Zuhörer gewonnen und konnte sie dann leicht eine Stunde lang durch die Erfolge und Enttäuschungen der internationalen Arbeitsorganisation spazierenführen, wobei er in feiner erfrischenden Aufrichtigkeit auch allen Seiten allerlei Vorbehalten, Erwahnungen und Aufmerksamkeiten anwandte.

So gab er unumwunden zu, daß die wirtschaftliche Lage eine grundlegende Voraussetzung für den Fortschritt der Sozialgesetzgebung sei, wies gegen die Kritik der Regierungsvertreter darauf hin, daß dort, wo sie allein alles zu sagen haben, im Völkerverbund nämlich die internationalen Konventionen auch nicht schneller ratifiziert werden, und den Arbeitnehmervertretern führte er vor Augen, daß seit 1922 und 1923, als man nicht wenig mit dem Freigebemüssen der Arbeitszeitkonvention rechnete, für ihre allmähliche allgemeine Anerkennung doch viel gewonnen worden sei.

Den Schluß der padenden Rede bildete ein warmes Glaubensbekenntnis zum menschlichen und ethischen Gehalt der Sozialpolitik, wobei er beschränkt, weiterhin, wie der süd-afrikanische Arbeitnehmervertreter ihn genannt hatte, als Leuchturmwart gegen Wind und Wellen für alle Gefährdeten und Brandenden des internationalen Wirtschaftslebens gut Wache halten zu wollen.

Der Entschließungsentwurf der Arbeitergruppe für die Arbeitszeitkonvention, der der Konferenz vorgelegt werden wird, hat folgenden Wortlaut:

Die Konferenz, die jede Bemühung billigt, die auf die Ratifikation der von den verschiedenen Konferenzen beschlossenen Abkommen abzielt und von dem auf der Londoner Konferenz der Regierung erzielten Einverständnis betreffend die Ratifikation des Abkommens über den achtstündigen Arbeitstag nimmt, bekräftigt dieses Einverständnis als einen Fortschritt.

Mit dieser Erklärung gibt die Konferenz kein Urteil über die in London am Washingtoner Abkommen vorgenommene Interpretation ab. Sie wünscht nur festzustellen, daß im Arbeitsvertrag führender Industrien der an der Londoner Konferenz beteiligten Nationen für diese nunmehr keine Widerstände gegen die Ratifizierung mehr bestehen.

Deshalb wird der Direktor des Internationalen Arbeitsamts ersucht, bei den am Londoner Abkommen beteiligten Regierungen seine Vermittlung herbeizuführen, um die Ratifikation des Washingtoner Abkommens über den achtstündigen Arbeitstag so bald als möglich herbeizuführen.

tschechoslowakischer Militarismus.

Nach Vordring wird uns geschrieben:
Im Jahre 1922 wurde der Offizierskadett der tschechoslowakischen Armee, Bela Cseh, ein gebärtiger Ungar aus Breßburg, von einem Kriegsgericht wegen angeblicher Missetat zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach dreieinhalbmonatiger Haft gelang es ihm die Wiederannahme des Professes durchzusetzen, worauf er auf freies Fuß gestellt wurde. Das Militärgericht sprach ihn darum frei, aber der Militärprokurator legte Revision ein und das Districtsgericht beschäftigte sich noch einmal mit der Sache.
Während der Rekrutenausbildung hatte ein tschechoslowakischer Offizier den Cseh einen Protest genannt. Als er sich bei ihm bei einem Oberleutnant beklagte, befahl ihm

dieser auf tschechisch „Nieder“, was Cseh aber nicht verstand. Der Offizier packte ihn beim Stragen und wollte ihn mit Gewalt niederdrücken, er aber sprang zurück und hob dabei das Gewehr mit dem Kolben nach oben.

Cseh verteidigte sich immer dahin, daß es sich um eine unwillkürliche Abwehrbewegung gehandelt habe. Auch der als Zeuge vernommene Offizier konnte die Richtigkeit seiner Rechtfertigung nicht widerlegen. Trotzdem wurde Cseh neuerdings wegen Missetat zu zwei Jahren acht Monaten verurteilt, welche ihm als verbüßt angerechnet werden.

Bei der Urteilsfällung bzw. bei Verlesung der Urteilsbegründung bemühte sich des Angeklagten eine ungeheure Aufregung und er kritisierte unausgesetzt durch Zwischenrufe den Gerichtshof. Auf Aufforderung des Vorsitzenden, sich zu benehmen, wie es vor Gericht geziemend sei, rief er, daß er vor einem solchen Gericht keinen Respekt haben könne.

Die Öffentlichkeit befaßt sich schon des längern in der tschechoslowakischen mit dem Falle Cseh, und nun wird sich die Liga zum Schutze der Menschenrechte des Verurteilten annehmen, der allgemein als ein Opfer der Militärjustiz bezeichnet wird. Das Hauptorgan der tschechischen Sozialdemokraten schreibt zu dem Urteil: Jeder regelrechte Militarismus braucht als unentbehrliches Requisite fallweise Soldatenmißhandlungen, deren Mißhandlungsversuch immer auf den Mißhandelten zurückfällt. Eine prompte Militärjustiz scheidet dann das Opfer der Rajernenroheit in das Zuchthaus, während die wahren Verbrecher am Volke leer ausgehen. Der Fall Cseh ist typisch für den Sieg des tschechoslowakischen Militarismus, der den neuen Staat wieder zugrunde zu richten droht.

Notizen.

Kommunisten für Schwarzrotgold. In der Bremer Bürgerversammlung haben die Kommunisten einstimmig für den sozialdemokratischen Flaggenantrag zugunsten von Schwarzrotgold gestimmt. Ihr Fraktionsvorsitzender gab in seiner Rede u. a. die Erklärung ab: „Wir erklären uns mit der schwarzrotgoldenen Fahne als Uebergangsform einverstanden.“

Der Konflikt in der Opiumkommission. Der schwere Zusammenstoß zwischen dem Vertreter Englands und dem China in der Opiumkommission hatte einwilligen zur Folge, daß sich der chinesische Delegierte Tschao Hsin Tschu, Chinas Vorkämpfer in Rom, am Mittwoch durch einen Rechtsanwalt vertreten ließ und an der Sitzung der Arbeitskonferenz teilnahm. Es wird angenommen, daß die schweren Erklärungen des Vertreters Chinas gegen England keine diplomatischen Folgen haben werden.

Briand nach Genf. Der französische Ministerpräsident beabsichtigt am Sonnabend nach Genf zu reisen, um der am Montag stattfindenden Einweihung des neuen Gebäudes für das Internationale Arbeitsbureau beizuwohnen. Er wird auch an den Arbeiten des Völkerverbunds, der Montag zu tagen beginnt, teilnehmen. Briand kehrt voraussichtlich am Mittwoch vormittag nach Paris zurück.

Tagung des Völkerverbunds. Die Junitagung des Völkerverbunds, die am Montag beginnt, dürfte nicht länger als 5 bis 6 Tage dauern. Sie wird die Vorberathungen behandeln, die von der Studienkommission für die Reorganisation des Völkerverbunds sowie von den vorbereitenden Wirtschafts- und Abrüstungskonferenzen fertiggestellt sind.

Der aminische Flaschenbierhandel. Die deutsche Wirtschaf hat dem Staatsdepartement mitgeteilt, daß der Kommandant des Kreuzers „Samburg“ die beiden für den Flaschenbierverkauf an amerikanische Besucher des Schiffes verantwortlichen Mitglieder der Besatzung bestrast hat. Damit gilt der Zwischenfall als erledigt.

Schiedsgerichtsvertrag mit Dänemark. Ein deutsch-dänischer Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag, bestehend aus 21 Artikeln mit Schlichtungsprotokoll und Rotenwechsel, wurde am Mittwoch in Berlin durch Außenminister Stresemann und den dänischen Gesandten Jable unterzeichnet. Der Vertrag beruht auf denselben Grundstätzen wie die Verträge, die in letzter Zeit mit andern Ländern abgeschlossen worden sind.

Depeschen.

Schließung der Hochschule in Hannover.

Ab. Berlin, 3. Juni. Der Rektor der Technischen Hochschule in Hannover hielt am Mittwoch den 2. Juni gemeinsam mit zwei Mitgliedern des Hochschullehrers im Kultusministerium Vortrag über die Ausschreitungen der Studenten in Hannover. Gegen die beteiligten Studenten wird unterzünftig das Disziplinarverfahren eingeleitet und mit möglicher Beschleunigung durchgeführt. Gegen diejenigen Studenten, die sich strafrechtlich vergangen haben (als Delikte kommen Nötigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Hausfriedensbruch in Frage) wird Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft erteilt. Bei Wiederholung derartiger Vorwände, die die Staatsautorität und das Ansehen der Hochschule auf schwerste schädigen, wird die Schließung der Hochschule unvermeidbar sein. Das würde für sämtliche Studierende den Verlust eines Semesters zur Folge haben. Es sollen alle Maßnahmen getroffen werden, um Ruhe und Ordnung in der Hochschule aufrechtzuerhalten und die Durchführung der Vorlesung des Professors Leffing wie jedes andern Dozenten sicherzustellen.

Konferenzen im Mai.

Ab. Berlin, 3. Juni. Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamtes wurden im Mai d. J. durch den Reichsanzeiger 1046 neue Mensturen -- ohne die wegen Kassenmangels abgelehnten Anträge auf Annullierung -- und 631 angeordnete Geschäftsaussichten bekanntgegeben. Die entsprechenden Zahlen für den Vormonat stellen sich auf 1202 bzw. 602.

Der Bergarbeiterstreik.

Ab. London, 3. Juni. „Daily Telegraph“ berichtet auch aus dem Völkerverbund, daß ein Schritt der Grubenarbeiter bewirkt. Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes, Cook, hat übrigens offen die Staatsgewalt und Hausfriedensbruch in Frage, wird Einzelverhandlungen gefahren in einer Rede den Präsidentenminister aufgefördert, eine Abhandlung unter den alten Arbeitsbedingungen zu erzwingen. „Times“ zufolge verheißt, daß die Grubenarbeiter nach der Bergarbeiter solle unter einem neutralen Vorsitzenden die Verhandlungen führen, unter denen die Arbeit wieder aufgenommen werden könne. Die Einzelheiten der Fortschritte der Arbeiter sind noch nicht bekannt.

Chamberlain reist nach Genf.

Ab. London, 3. Juni. Sir Austen Chamberlain wird am Sonnabend nach Genf abreisen, um an der 14. Session des Völkerverbunds teilzunehmen.

Ab. et Briand ungehörig.

Ab. Paris, 3. Juni. Davos berichtet aus St. die gesamte Familie sowie die Quantitätlichen Personen der Anwesenheit Ab. et Briand, im ganzen etwa 100 Personen, sind in der französischen Linie eingetroffen.

Volksentscheid



Das Ja der zwanzig Millionen.

Der Sieg des Volksentscheids wäre nicht nur gewiß, sondern leicht, wenn wir die Wahrheit über seine Notwendigkeit überall an die Massen herantragen könnten. Auf unserer Seite ist das Recht eines Volkes in höchster Not, aber auf der andern sind ungleich größere Geldsummen, sind die weitaus meisten Zeitungen, ist die Möglichkeit einer W o l k s t ä u s c h u n g in höchstem Ausmaß. Auf eine Zeitung für den Volksentscheid kommen 30 oder 40 für die Fürsten. Wir müssen an die Schichten heran, die täglich von unseren politischen Gegnern und der kapitalistischen „parteiloßen“ Presse geistig betäubt werden. Es ist hohe Zeit, daß wir für unsere Werbefeldzüge neue Mittel suchen, die laut und wirkungsvoll genug sind, uns allwärts im Lande Gehör zu verschaffen.

Das Kernstück unserer Verarbeit sind noch immer die öffentlichen Versammlungen. Aber die Zwanzigjährigen, die Fünfundzwanzigjährigen sind auf den Spielplätzen und nicht in den politischen Kneipen.

Gehen wir aus den Sälen zum Volke hinaus! Wir haben Sportvereine mit großen Mitgliederzahlen und ausgezeichneten Leistungen. Bis in kleine Dörfer reicht die proletarische Sportbewegung. Zahllose Klässengenossen, die für geistige politische Arbeit nicht zu haben sind, gehören mit voller Hingabe unsern Turn- und Sportvereinen an. Wo bleibt die Mobilmachung des Arbeitersports für den Volkskampf gegen die Fürsten? An den Abenden, an den Sonntagen sind Aufmärsche, Vorführungen, Reigen, Sportfeste möglich, in deren Mitte eine kurze Ansprache über den Volksentscheid an die herbeigeströmten Neugierigen andre und oft mehr Menschen erreichen wird als eine öffentliche Versammlung.

Wir haben gute Arbeiter-Gesangvereine, Mandolinenklubs, Bläserhöre, Musikvereine. Darum schweigen sie, wenn lauter denn je unsere Lieder erklingen, unsere Märsche schmetternd klingen? Auf den Dorfplätzen, auf den Märkten, in den Gärten, in den Schrebergärten, vor den Denkmalen der Gefallenen — überall ist Raum für ein Volkskonzert, das hunderte und tausende Zuhörer anziehen wird, die auch eine politische Rede in Kauf nehmen werden, und wenn ein Gut zum Sammeln rund geht, werden gemiß die meisten noch etwas für unsere große Volksbewegung übrig haben.

Unsere Jugend singt und spielt und tanzt. Sie hat das Volkslied und die Volkstänze wieder entdeckt. Wer weiß

es von den verketteten Spießern, von den Wirtshauskoffern, von den vergränten Alten? Heraus unre Jugend in die volkreichsten Stadtteile und zeigt, was ihr könnt. „Die Fahne, die rote, voran...!“ Und Schilder mit Merkwörtern für das Volk gegen die Fürsten und Banner und Fackeln und Lieder. „Trommelt Rebellie mit Jugendkraft, das ist die ganze Wissenschaft.“

Die Erwerbslosen, die Frauen, die Kriegsoffer, diese vor allem, die Abgebauten, die Abgewerteten, die Ruinierten — heraus in langen Zügen! Die Prothesen und die Billionenscheine, die Pfennigrenten und die Milliarden-Abfindung, die erledigten Staatspapiere und die Goldwerte der Fürstengüter — zeigt sie auf Straßen und Plätzen in Bild und Wort den Gedächtnisschwachen, den Gedankenlosen. Wieder einmal müssen die Steine reden, wenn die Kirche schweigt.

Und bei allen Veranstaltungen Flugzettel ins Volk! Zeichnungen, Gedichte, Schlagzeilen, keine spaltenlangen Historien und Lamentationen. Wer liest noch doppelteilig bedruckte Flugblätter? Die Aufklärung muß plastisch vor die Menschen treten. Das ist diesmal leichter als bei Wahlen, denn nur eine einzige klare Frage steht vor dem Volke.

Aber hören muß jeder Mann, jede Frau im Volke diese Scharfsfrage. Die letzte Gasse im Lande muß von ihr widerhallen. Dann wird die Antwort kommen, die wir brauchen: Das „Ja!“ der zwanzig Millionen. —

Wilhelm Sollmann.

Freie Abstimmung!

Der demokratische Führer Anton Erkelenz schreibt in der „Hilse“:

Der Aufmarsch zur Volksabstimmung über die Fürstenentscheidung, der durch die Auseinandersetzungen über die F l a g g e n f r a g e wochenlang gehemmt war, fest jetzt allmählich ein. Die Demokraten haben die Abstimmung freigegeben. Das Zentrum hat keine gegen die Entscheidungslöse Enteignung entschieden. Deutsche Volkspartei, Deutschnationale, Wirtschaftspartei und — Liberale Vereinerung haben von jeder Beteiligung an der Abstimmung abgesehen.

Die Demokratische Partei will eine wirkliche Freigabe der Abstimmung und hätte ihre Organisationen dringend gebeten, von jeder Ausgabe einer Parole Abstand zu

nehmen. Zur Hauptfrage an sich mag der einzelne stehen, wie er will. Wir sind alle daran interessiert, daß eine freie Abstimmung möglich ist. Eine wirklich freie Stimmabgabe ist aber nicht möglich, wenn die Gegner der Abstimmung nicht zur Abstimmung gehen. Dann wird auf dem Lande jeder, der zur Abstimmung geht, von vornherein als ein Anhänger der Enteignung angesehen und denunziert.

Unbeschadet der Stellung zur Sache selbst, sollte deshalb in der Demokratischen Partei Einmütigkeit darüber bestehen, daß jeder zur Abstimmung geht und — nach seiner Ueberzeugung — mit Ja oder Nein stimmt. Nur wenn wir so handeln, ermöglichen wir die freie Abstimmung aller. —

Die Kirchenfürsten für die weltlichen

Die deutschen Bischöfe wenden sich, wie der „Bayrische Kurier“ erfährt, in der Frage des Volksentscheids um die Fürstenteignung mit einer öffentlichen Erklärung an die deutschen Katholiken, in der es u. a. heißt:

Die Grundzüge des Eigentumsrechts, die in der kirchlichen Sittenordnung begründet und durch göttliche Gewalt geschützt sind, müssen auch in der Zeit tiefergehender Verwirrung und Aufregung unverändert in Geltung bleiben. Die Kirche als gottbestellte Hüterin der irdischen Ordnung hat zu allen Zeiten diesen Grundzug verkündet.

Die Bischöfe erheben deshalb ihre Stimme dagegen, einem Fürstentum jene Rechte abzusprechen, die jedem Menschen, jedem Staatsbürger und jeder Familie zustehen, jene Rechte, die durch das Sittengesetz geschützt sind und die durch die Verfassung Anerkennung gefunden haben. Rechtswidrige Vergewaltigungen würden erfolgen, wenn eine unzulässige und ungerechte Enteignung durchgeführt würde. Es ist also unzulässig, eine Enteignung zu betreiben, die ohne Not und ohne zwingende Gründe erfolgt. Die Oberhirten erklären deshalb warnend und mahnend mit aller Offenheit, daß die Vergewaltigung der Rechte der Fürstenhäuser ebenso wie die Vergewaltigung der Rechte anderer unvereinbar ist mit den Grundsätzen des christlichen Sittengesetzes.

Die deutschen Bischöfe können mit Engelszungen gegen den Volksentscheid reden, sie schaffen die Tatsache nicht aus der Welt, daß dieser Volksentscheid im Volke durch den hartnäckigen Widerstand der Fürsten und durch das Verjagen des Reichstags einfach aufgezwungen worden ist. Dem Volke bleibt nichts anderes übrig, als entweder die Dinge laufen zu lassen, am Volksentscheid sich nicht zu beteiligen und damit das größte Unrecht zuzulassen, das jemals in Deutschland vorgekommen ist, oder aber sich für den Volksentscheid, für die Enteignung zu entscheiden, die nach

Verjagtes Volk.

Eine Thüringer Volkstragödie, erzählt von Herrn Anders Krüger.

Copyright by Georg Weipermann, Braunschweig.

(4. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Viertes Kapitel.

Das zwölfste Haus der Rützche.

Im Maria Lichtmess ward in der Thüringer Gesundheitskur Katterfeld einmündig zum Schultheiß der Rützche gewählt, da die Jägerfippe, der ehemalige Kreisgraf und sein Adler Ludwig hing oder frechfam zu Hause geblieben waren.

Auf Vorschlag des Ehrwürdigen Landratsamts bestätigte die herzogliche Regierung die Wahl auffallend rasch, und dann dachte man ab.

Der neue Kreisgraf und die zwei Waldwarte schrien wie alte neuen Rehen gut und grünlich, aber sie wurden vom neuen Schultheißen, der den Wald kannte wie kein zweiter, unmerklich überwacht und überdies auch zu dem Erbsitzer herangezogen, dagegen sie energisch und schließlich mit Erfolg Verweigerung einlegten.

Damit entsand die erste Abstinenz zwischen Katterfeld und dem Forstamt, mit dem nach und nach immer neue Streitigkeiten ausbrachen; dem Wunder übrigens, da Katterfeld dem Schultheißen nicht besonderlich grün war, zumal seit dem Tode eines Schwiegerbruders.

Als Oberförster Hölzer die Defizitfähigkeit auf neue Benützung und zeitweise arbeits, das Waldgesetz plötzlich bis an die Schwanzspitze heran befähigt worden, erhub Katterfeld heftige Beschwerden beim Lande Hebristen, das ihm hilfelei recht gab, jedoch von der Landesbehörde in Göttinge beeinflusst wurde.

Die Waldbehörden blieben eine Zeitlang aus, und als sie sich und nach wieder einsetzten, gelang es Katterfeld eines Nachts mit Hilfe der Meister, den früheren herzoglichen Forstführer Hölzer zu erwischen und zur Lärzige zu bringen, ja das Gewerbe der Juchelpaten zu entzünden und dem Forstamt abzuliefern. Der Hölzer Katterfeld kam trotzdem zu seinem Grade.

Die Holzdiebstähle nahmen ebenfalls wieder überhand, was das Forstamt mit Einsparungen und Hausnachungen brachte. Neben sich Katterfeld auf der Rützche energisch jeden Eingriff in seine Volksgewalt und stellte bald unumwunden fest, daß die neuen Waldwarte und der Wegwart mit allerlei umliegenden Jagdhunden und Holzdieblichen, z. B. auch Graf, unter einer Decke stecken. Die Waldwarte wurden entlassen, der Wegwart zusammen mit einem anderen Kreisgraf beurlaubt, ja schließlich die Verhaftung wieder hergestellt.

So kam der neue Schulz des kleinsten gathaischen Dorfes weichen zu einem Inschen, das vielleicht nicht zum wenigsten darauf beruhte, daß man ihm eben von früher her allerlei geheime Kenntnisse, Beziehungen oder übernatürliche Kräfte zuzuschreiben.

Hölzer und seine Fürster zogen sich eine Schluppe nach der andern, auch eine Krone nach der andern zu, und Katterfeld-Schulz hatte immer wieder die Lächer auf seiner Seite.

Aber auch ganz ernsthafte Leute und angelegene Konzentrationen traten für ihn ein, so der Liebenheimer Justizamtmann Drehrmann, der bald merkte, daß die Kriminalität der Rützche nicht zurückging, so der Ehrwürdige Rentarntmann Eusef, der zu seiner Ueberzeugung erlebte, daß die Gemeindevorwaltung der Rützche wirklich mal in Ordnung kam, endlich der Gräfencrocker Pfarrer Fennemann, der mit größter Befriedigung melden konnte, daß nunmehr die dreiwundertzig Rützcher Kinder — soweit sie schulpflichtig waren — pünktlich zur Schule und auch fleißig zur Kirche gingen, fast wie der Schultheiß selber.

Das kümmerliche und eigenliche Kernproblem der Rützcher Bevölkerung war jedoch die Arbeitslosigkeit. Aber auch ihr ging Katterfeld-Schulz rührig zuhause. Zunächst holte er neue Aufträge herein für die Potaschen- und Pechfiederei, so daß sie sich wieder lohnte.

Er erweiterte den Betrieb seiner Schiefermühle um eine Röhrmühle, indem er auch den kleinen Nebenfluß der Rützche, den Enschbach, über seine Räder leitete, allerdings ohne die Forstbehörde darum zu fragen, da er annahm, daß auch diese beherrschende Mächtigkeits ihm von Rechts wegen zustehe, was die Forsterei freilich bestritt.

Dann kaufte er eines Tags die unlangst eingewogene Schweißschadel, stellte neue Arbeiter ein, ließ wieder Röhrenschliffe, Wecht- und Puppenhochkeln, auch Spandbüchsen aller Art anfertigen und absetzen, ja sogar eine Holzschindelfabrik und Gärtnerei im Schreberpark wurde von ihm ins Leben gerufen und darin wiederum acht Arbeiter und ein paar Mädchen angestellt beschäftigte und leistung begabt.

Ganz unmerklich zog in der kleinen Rützchergemeinde ein andrer, unverkennlicher Geist ein.

Kon sparte allenthalben die harte Hand eines mutigen und fähigen Führers über sich, und auch die früher stets widerwärtige Truppe des krummten Forstaufsehers Graf hielt sich jetzt still, da sie ihrem Meister gefangen zu haben schien.

Einige friedliche Jahre kamen über die vielgeplagte, halbverhungerte Bevölkerung der Rützche. Die Löhne klangen wieder lauter, auch im Gräfencrocker Steinbruch droben am alten, schon im 17. Jahrhundert zugeschütteten Hühnergraben, da mancher Arbeiter die kühnere Arbeit im Tale vorzog.

So kam nach und nach ein gewisser Aufschwung über das arme Dörfchen.

Die Lebenshaltung, auch der Lermsten, hob sich ein wenig und was seit Jahrzehnten nicht vorgekommen war, ereignete sich im Frühjahr des Jahres 1885: Ein Rützcher Steinbrucharbeiter, Christian Reus, der nachgewiesenermaßen, daß er bis zu drei Taler wöchentlich verdiente (12 Groschen betrug damals etwa die Gemeindevorlage im ganzen Jahre), hat um die Erlaubnis bei den vorgefetzten Behörden, zu den nicht mehr ausreichenden elf Dörfern der Rützche ein neues zwölftes Häuschen bauen zu dürfen, zumal die Einwohnerzahl auf über 120 gekommen sei.

Als dieses Verlangen im Landratsamt Ehrdruf eintraf, irrte sich der Forstmeisterpräsident Brüdner etwas verlegen das Kinn und den Bart und ließ sich eilends beim Herrn Forstmeister von Rindhöf melden.

Der Herr Forstmeister kratzte sich ebenfalls verlegen am Hinterkopf und erklärte dem Präsidenten schließlich:

„Hören Sie — mit der Rützche müssen wir jede vorzüglich sein! Auf die Haut Seine Hoheit hochselbst mit Ansuchen, Ich werde morgen persönlich mit dem Besuch zum Herrn Oberforstmeister nach Göttinge rufen.“

Fat's, und der Oberforstmeister von Jansenheim las das Gesicht und sofort, und zwar mit wachsendem Körperzucken. Im übrigen behielt er sich ebenso diplomatisch rezeviert wie sein Kollege von Rindhöf.

„Germa —“ sagte er schließlich, „mit dieser verdammten Rützche sei mal höflich vorsichtig. Einmütigen hat und der neue Volksbegleiter, der Katterfeld, den Wind etwas aus den Segeln genommen. Aber vergrößern darf ich diese Hochburg der Pötz-, Wild- und Jagdliebe um keinen Preis! Laß mir den Wind mal rüber hier, ich will Seine Hoheit erst selber um Rat fragen, Ueberlege Dir Andererseits einen guten Bescheid mit einem leidlich triftigen Grund, das Gesicht recht schonend abzuschießen — schon damit der hartnäckige Katterfeld nicht wieder einen neuen Triumph mit seiner voraussehenden Einsprache feiern kann. Der Reiz hat doch allerlei Beziehungen.“

So kam das Anliegen des armen Christian Reus wirklich vor Seine Hoheit, den Herzog, und es kam eigentlich zu gelegener Stunde vor den leutseiligen Graf II., den baldwollen Reichsgräf aller Ründe und der deutschen Arbeit.

Gutw Freitag war gerade bei ihm zur Audienz. Gutw Freitag, dem der Herzog unlangst den linken Kat geschen hatte, auch einmal das deutsche Volk als Richter bei der Absprache zu fassen.

Und mit welchem Erfolg war die allerhöchste Entgegnung geklärt?

Längst hatte Freitag den köstlichen Roman „Lied und

Kleine Chronik.

2 Jahre Gefängnis für Böhmung beantragt. Nach Stündlicher Rede erklärte Staatsanwalt Dr. Durzog in seinem Plädoyer, er halte den Angeklagten Freiherren Dr. v. Böhm in 18 Fällen der Vernehmung unglücklicher Handlungen und in acht Fällen der Körperverletzung durch Ueberschreitung des Büchtlungsrechts für schuldig. Was die Frage der Strafmessung anbelangt, so sei zu erwägen, daß Eitelkeitsverbrechen im allgemeinen mit Zuchthaus geahndet werde. Dem Angeklagten seien aber schon aus dem Grunde mildernde Umstände zuzubilligen, weil er unbestraft sei. In vielen Fällen sei er ferner bestrebt gewesen, sich für seine pädagogische Aufgabe einzusetzen. Er habe mit eisernem Fleiß und großer Aufopferung für seine Schüler gearbeitet und viel Gutes erreicht. Ferner sei zu berücksichtigen, daß er sich mit seiner anormalen Neigung verhältnismäßig zurückgehalten habe. Der Angeklagte habe nun einmal einen krankhaften Erbe, den zu hemmen naturgemäß sehr schwer sei. Der Sachverständige Dr. Placet habe vor Gericht erklärt, daß Böhm den Erzieherberuf ergreifen habe, um seinen Trieben fröhnen zu können. Diese Ansicht könne selbst er als Staatsanwalt nicht teilen. Vielmehr müsse man annehmen, daß Böhm eine Vorliebe für die Jugend hatte, deshalb den Erzieherberuf ergreift und strachtete, weil er ein schlechter Pädagoge und ein schwacher Mensch war. Die Frage, ob dem Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte abzusprechen seien, habe er, der Staatsanwalt, lange geprüft. Er sei zu dem Ergebnis gekommen, daß die Verfehlungen Böhms zu schwer seien, um ihm die Ehrenrechte zu erhalten. Ausschlaggebend sei hierfür besonders der Fall Weiß. Der Staatsanwalt beantragt dann eine Gesamtsstrafe von 2 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust unter voller Anrechnung der erlittenen Unterhaft.

Wenn ein Wasserrohr bricht. Im Bereiche der Charlottenburger Wasserwerke, in Nilsolasse, ereignete sich am Dienstag ein Wasserrohrbruch, dessen Folgen sich für einen großen Teil der westlichen und südwestlichen Vororte außerordentlich unangenehm bemerkbar machten. Der Rohrbruch trat gegen 12 Uhr in der Wannseestraße in Nilsolasse ein. Hier sackten plötzlich mehrere Quadratmeter Steinpflaster des Straßendammes fast über die ganze Straßbreite ein, und in demselben Augenblick schoß eine starke Wasserföhle empor, von der, wie Augenzeugen berichten, eine gerade vorbeifahrende Radfahrer zu Falle gebracht wurde. In breitem Strome ergoß sich das Wasser, Sandmassen mitführend, über die Erdoberfläche, und in kurzer Zeit waren die Wannseestraße und angrenzende Straßenzüge unter Wasser gesetzt. Die Wannseestraße gleich einem See. In der tiefsten Stelle, unter der Bahnüberführung, war das Wasser über 1 Meter tief. Die überföhuteten Straßenzüge waren für den Verkehr bis 8 Uhr abends gesperrt. Der Bruch und die Sperrung des Hauptrohrs hatte die Folge, daß eine lange dauernde Unterbrechung der Wasserversorgung in allen von diesem Rohre beschickten Vororten eintrat; so in Nilsolasse, Schlachtensee, Zehlendorf, Lichterfelde, Steglitz, Grunewald, Schöneberg und Wilmerdorf.

Das schiefende Mädchen. Im Walde in der Nähe der Heimburgförsterei fand man den 15jährigen Oberrealschüler Erich Bandmacher erschossen und die 15jährige Grete Schürmann, beide aus Hamburg, verwundet auf. Wie jetzt festgestellt ist, hat das junge Mädchen seinen Begleiter durch drei Revolverkugeln getötet und veruchte dann, sich selbst in den Mund zu schießen. Beim dritten Versuch blieb die Kugel im Laufe hängen. In seiner Angst fiel es zum nächsten Forsthaus, wo sie die granzubelle Tat führterin Grete Schürmann wurde wegen Mordes verhaftet.

Die Ursachen der Münchner Katastrophe. Der Präsident und die Referenzen der Eisenbahndirektion München machten bei einer Pressebesprechung über Ursachen und Begleitumstände des Eisenbahnunglücks am Ostbahnhof Ausführungen, aus denen sich folgendes entnehmen läßt: Maßgebend für die beiden verunglückten Züge waren zwei Signalpaare, Vorignal und Hauptsignal München Ostbahnhof und Vorignal und Hauptsignal der Hockstette Berg am Laim. Im Augenblick des Unglücks zeigte Vorignal und Hauptsignal von München aus grünes Licht, gab also dem Verschiebgabener Zug 820 den Einmarsch in den Ostbahnhof frei. Bei der davorliegenden Hockstette Berg am Laim hingegen zeigte, wenigstens nach der Darstellung der Eisen-

bahndirektion, das Vorsignal rotgelbes Licht, das Hauptsignal rotes Licht, um dem nachfolgenden Salgburger Zug 814 die Durchfahrt zu sperren. Diese beiden Signale nun hatte der Lokomotivführer des Zuges 814, Kubels, aus bisher ungeklärten Gründen übersehen. In der Reichsbahndirektion selbst man offenbar der Ansicht zu, daß Kubels, der auch heute noch von seinen Vorgesetzten als Beamter von vorbildlicher Pflanze bezeichnet wird, sich über die Position seines Zuges getäuscht hat und für den Zug 820 bestimmten grünen Lichter des Ostbahnhofsignale für die der Hockstette Berg am Laim gehalten hat. Die roten Schlusslichter des Zuges 820 hat er erst im letzten Augenblick gesehen, da sie vorher durch die Linkskurve des Bahnkörpers und durch den großen Kesselaufbau seiner eignen Maschine verdeckt waren. Daß die so verhängnisvoll gewordene Bergstelle Berg am Laim während des Winters nicht in Betrieb war und erst vom 15. Mai wieder geschaltet wurde, so daß sie möglicherweise deshalb von Kubels übersehen wurde, wird auch von der Eisenbahndirektion zugegeben.

Schwere Hagelgewitter in Sachsen. Am Montag und Dienstag sind in der Oberlausitz schwere Gewitter mit wolkenbruchartigem Regen und Hagelanschlag niedergegangen. Es wurden besonders die Gegenden Lobau und Bautzen schwer heimgesucht. Die Getreidefelder wurden niedergeblasen. Strichweise ist das Getreide und die Obsterte zu 50 bis 70 Prozent vermindert. Auch die Gärtnereien wurden schwer heimgesucht. Der in den Forsten angerichtete Schaden ist ebenfalls erheblich.

14 Tage neben ihren toten Mann gelegen. Ein grauenerregender Anblick bot sich Polizeibeamten, die nach dem Hause Straßlauer Allee 26 in Berlin in die Wohnung des 68 Jahre alten pensionierten Lokomotivführers Gustav Brandt gerufen wurden. Bewohner nahmen seit einigen Tagen einen unangenehmen Geruch wahr, der aus der Wohnung Brandts kam. Dieser bewohnte mit seiner 57 Jahre alten Frau seit vielen Jahren zwei Stuben und Küche. Die herbeigerufenen Polizeibeamten drangen in die Wohnung ein und sahen nun in dem Schlafzimmer Brandt tot und bereits bis zur Unkenntlichkeit verwesend in einem Bette liegen. In ihrem Bette neben dem des Mannes lag die Frau, die seit vielen Jahren geisteskrank ist. Aus ihren verworrenen Angaben ist zu entnehmen, daß Brandt am ersten Pfingstfeiertag einen Anfall von Nervenleiden bekam, so daß er sich zu Bette legen mußte. Wahrscheinlich ist er gleich an diesem Tage an einem Schlaganfall gestorben. Frau Brandt glaubte in ihrer geistigen Irrsinnigkeit nicht, daß ihr Mann gestorben sei. Trotz der starken Verweigerungsercheinungen hoffte sie immer noch, daß er wieder zu sich kommen werde. Seit Pfingsten lebte sie von den Vorvätern, die der Mann zuletzt eingekauft hatte. Sie wurde der Trennanstalt Herzberge zugeführt.

Falsche Kriminalbeamte vor Gericht. Man entjungt sich noch der tollen Köpfnidade, die im Herbst des vorigen Jahres die Berliner heulichtigte. Die zwei Käsenboten eines funktionsfähigen Betriebes wandelten harmlos und die schwere Klermappe mit 20 000 Mark Bargeldern hütnend, die Königgräber Straße entlang. Treten den Betreuen plötzlich, aus einem Hausflur kommend, vier Männer entgegen. Die einen trugen ein Pistolenbegehrt flatterte in der Hand des Anführers der Vier. Im nächsten Tone werden die Käsenboten für verhaftet erklärt. Ihre Firma hätte Steuerhinterziehungen begangen, dafür müßten jetzt die 20 000 Mark beschlagnahmt werden. „Also bitte!“ Doch die Käsenboten waren gewitzte Leute. Man könne den Herren Kriminalbeamten nicht hier auf der Straße das Geld ausshändigen. Sie verlangten, nach dem Präsidium am Alexanderplatz gebracht zu werden. „Jawohl“, sagen die Vier, „das wird auch geschehen, und zwar sofort.“ winken ein Automobile heran, verfrachten die beiden, setzen sich dazu, und beide getts nach dem „Aleg.“ knattern der Wagen in den Lichhof. Die vier „Beamten“ klettern heraus, nehmen den Kaffierern das Geld ab und bedeuten ihnen, im Auto zu warten, sie würden inzwischen die Anmeldung beim zuständiger Kommissar befehlen. Die beiden warten gell- und erschreckergeben eine Stunde und noch eine und noch eine, also kurz und gut solange eben, wie sie brauchen, um zu merken, daß sie einer Räube zum Opfer gefallen waren. Die Beamten mit den materialistischen Schmuckstücken und den rauhen Gebärden, den Nachnamen und dem schönen Postbegehrt waren gar keine Beamten, sondern ein paar verliebene Ganner. Die Polizei arbeitete mit unerschüttertem Eifer, um der Betrüger, die sich nicht geheut

hatten, sich ihrer Insignien und ihrer Garmerie zu bedienen, habhaft zu werden. In überraschend kurzer Zeit sahen die Vier hinter Schloß und Auegel. Es waren vier Zuchthäuser, die sämtlich die „hohe Schule“ hinter sich hatten. Ihr Mindeststrafe, ein höherer wirkliches Kriminalseamler Berger, wurde schon im Frühjahr dieses Jahres abgeurteilt. Er wanderte auf 2 Jahre ins Gefängnis. Heute zierten die liberalen drei, und zwar der Handlungsgehilfe Müller, der Schlosser Meißhold, die hoch und der Arbeiter Hermann Schwabe die Anlageband des Schöffengerichts Berlin-Mitte. Die Schöffeln verurteilten sie zu Zuchthausstrafen. Wegen alle hatte der Staatsanwalt die gleiche Strafe von 1 Jahr und 6 Monaten Zuchthaus beantragt, Müller bekam 1 Jahr und 3 Monate Gefängnis, Schwabe 1 Jahr Zuchthaus und Viebach 1 Jahr und 8 Monate Zuchthaus. Die bürgerlichen Ehrenrechte sind ihnen für 3 Jahre entzogen worden.

Schwere Explosion im Danziger Hafen. Durch eine Kessel-explosion, die sich nachts auf einem nordwestlichen Dampfer am Ausgang des Danziger Hafens ereignete, wurden drei Heiz- und ein Kohlentrimmer auf der Stelle getötet. Es handelt sich um den Dampfer „Kamud“. Zwei der Getöteten sind Danziger Staatsangehörige, und zwar der 23jährige Ernst Meinreis und der 23jährige Reimann. Bei den beiden andern Getöteten handelt es sich um einen Norwegier und um einen deutschen Reichsangehörigen mit Namen Rosenzweig. Die polizeiliche Untersuchung über die Ursache der Katastrophe ist noch im Gange. Die Ursache konnte bisher nicht aufgefährt werden.

Ein Gattenerüber freigeprochen. Ein 30jähriger Kaufmann stand in Wien vor den Geschwornen. Sohn eines kleinen Beamten, hatte er studieren können und gehofft, selber Beamter, womöglich hoher Beamter, zu werden. Ehrgeiz trieb den fürperrlich Schwachen während des Krieges immer wieder an die Front, wo er Neferbeführer wurde und mehrere Auszeichnungen erhielt, aber seine Gesundheit ruinierte. Nach dem Kriege heiratete er eine Frau aus kleinstädtlicher begüterter Familie, eine von vielen Töchtern eines Drechlermeisters, vermöcht und daran gewöhnt, daß der Mann vor allem möglichst viel zu verdienen suchte. Also nichts von Beamtenlaufbahn. Der kaufmännisch ganz talentlose müßte Geschäftsmann werden, ein kleines Wohnungsreinigungsgeschäft wurde ihm gekauft, und er mußte selber mit seinen Angehörigen zum Fensterputzen in fremde Häuser gehen. Doch der Verdienst, den er erarbeitete, genügt den Ansprüchen der Frau und ihrer in seiner Häuslichkeit lebenden Mutter nicht, zumal noch andere Verwandte der Frau Ansprüche an ihn stellten. Auch eine Kneipfabrik, die er dann begründete, ging nicht auf, und als der müde Gewordene einmal davon sprach, daß er sich lieber umbringen möchte, als jolches Leben weiterzuführen, rebete die Frau ihm zu, diesen Voratz auszuführen. Eines Tages kam er vorzeitig nach Hause, fand zunächst keinen Einlaß und traf dann die Gattin im Bademantel in Gesellschaft seines Kompagnons. Scheidungsklage, Auflösung des Geschäfts, Liebernahme eines untergeordneten Angestelltenpostens. Eines Mittags — wegen der Wohnungsnot kaufte man noch zusammen, aber der Mann war von den Weibern in einen kleinen Nebenraum verjagt worden — rief die Frau ihm die goldene Uhrkette vom Leibe, und als er sich gleichwohl geduldig zum Mittagessen setzte, hieb sie ihm hinterwärts einen eichenen Stuhl auf den Kopf. Dann kam die Scheidung, wobei er das Kind ohne Widerpruch der Frau überließ, obwohl er sehr an ihm hing. Doch als das Kind ihm zum Danke dafür entfremdet werden sollte und die Frau drohte, wenn sie sich wieder verheiratete, ihm den Zutritt zu dem Kinde ganz zu verbieten, kam es zu einer Auseinandersetzung, wobei er sie über den Dauten schoß und dann veruchte, sich selber zu erschießen. Die Richter erklärten, die Tat trebe nicht im Einklang mit der Persönlichkeit des Angeklagten, der ein ruhiger, nachgiebiger, gar nicht jähzorniger Mensch sei, er müsse schwer gereizt worden sein, bleibe aber verantwortlich. Die Geschwornen verneinten die Vorfrage einstimmig, Lejahien ebenso einstimmig die Frage nach Aufschlag und nahmen mit sieben gegen fünf Stimmen Sinesbewirzung bei der Tat an. Darauf der Freispruch, der dem Angeklagten nicht bloß Freiheit von Strafe, sondern freie Lebensbahn gibt, wie er sie seit Jahren nicht gehabt, und sein Kind dazu. Er weinte und wäre zusammengebrochen, wenn ihn nicht Wachbeamte aufgefangen und zu einem Sitze geleitet hätten, wo er allmählich die Veränderung seiner Lage zu begreifen und sich zu fassen veruchte, worauf er aus der Haft entlassen wurde.



Vom Köpfchen zum Kleide Aus Wolle und Seide — LUX wäscht alle beide.

Gewiß kennen Sie die wunderbaren Eigenschaften der feinen LUX Seifenfloeden für die Reinigung zarter Wäsche. Erproben Sie dieselben doch auch für die Haarpflege. LUX Seifenfloeden erhalten Ihrem Haar den natürlichen, natürlichen Schiederglanz und verlichten ihm frischen Duft und natürliche Weichheit.



Kredit.
Bem. d. Güte!
Kontoh. 10%
Zahl v. 100 Mark
oder monatlich von
3.00 Mark an.

Preis. Angebot!
Bericht gegen den
schweren, hohen, mod.
Bettstelle
in eiche od. nussbaum
1 Sprinkelmatze,
1 Matze.
Preis 58-60 Mark.
Schreibzettel, eich.
eich. 95-125 Mark.
Schneide n. s. o.
Bücher-Stein 60 b.
125 Mark, vertikal
60-90 Mark, Tisch-
tische 25-45 Mark, eich.
7-25 Mark, Schneid-
baum 60 bis 120 Mark,
Tisch 60 bis 120 Mark.
Schreibzettel, eich.
eich. 25 bis 45 Mark.
Bücher-Stein, eich.
eich. 60 bis 90 Mark.
Schreibzettel
11-15 Mark
Schneidmatze
60 bis 90 Mark.
Rücken
60-120 Mark, eich.
eich.
Schneidmatze
Speise- Schneidzettel.
Ernst
Geissler
Wehrer Weg 124, 1
Ostbahnh. Schopenh. Str.
Verkauf n. all. Gegen.
Tel. Buchh. gefä. 5,
bis 6, Uhr.

Was esse ich?
die ewige Frage?
Tonne saure Gurken 10 Mark
von

Prima neue Maatjes 75
Maatjes, eich.,
gut entwickelt

Neue englische Festbrotbacke
eich. feste, krumm-
kante
das Bund
mittel 910 bis 1.20
große 910 bis 1.50
Kleinsten 910 bis 2.50

Neue Speck in Tet
Tote 48

**Die neuen Frühlings-
schneidzettel, in
Schneidzettel, 910 bis 1.20**

**Echte Maatjes
Kornbrotbacken**
1 Stück 30 Mark

**Fischkonserven
Sektartillen**
Konserven, eich.,
Trotz sehr besterem
Gaugen Springe
mit Schneidzettel, eich.,
arbeiten, die besten auf
eich.
Preis 30 Mark

**Neuer Frühlings-
Schneidzettel**
Preis 45 Mark

Konigberger Fischwaren
(Fisch-waren)
möglichst reichhaltig,
eich., Schneidzettel,
Preis 45 Mark
Preis- und Schneidzettel.

**Konigberger
Kornbrot
mit
Walden**
eich. und jungen, gelben,
Preis 45 Mark
Preis- und Schneidzettel.
Preis 45 Mark

Reichsbund der Kriegsschädigten, Kriegs-
teilnehmer und Kriegshinterbliebenen
Ortsgruppe Schönebeck
Versammlung
Freitag den 4. Juni in der Tonhalle
Jahresliches Ereignis erwünscht.
Der Vorstand.

Bekanntmachung.
Wir machen darauf aufmerksam, daß von
7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens offene Ver-
sammlungen mit Ausnahme der Ausbreitung für
den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein
müssen. Die beim Vorkommen anwesenden
Personen dürfen nicht bedrückt werden.
Festsetzung, den 24. Mai 1933
Die Polizeiverwaltung, Perg.

Bekanntmachung.
Belegzettel.
Um jeden Irrtum auszuschließen wird
dennoch aufmerksam gemacht, daß das Publi-
kum die öffentlichen Subventionen am Mont-
tag, Freitag, Mittwoch, Donnerstag und
Freitag in der Zeit von morgens 6 bis
abends 7 Uhr, Sonnabends von morgens
6 bis 7 Uhr abends und am Sonntag von
morgens 6 bis mittags 1 Uhr ununterbrochen
besuchen kann. Der öffentliche Kunden-
plan gilt nur für Vereine usw., die einen
bestimmten Tag der Ankalt in Benutzung
nehmen werden.
Darsg., den 1. Juni 1933.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.
Belegzettel.
Die am 1. Juni d. J. fälligen Halb-
jahreszahlungen der Bürger-Kassenver-
einigungen werden nach Zahlung von 10 Prozent
Kapitalerhöhrung, welche laut Statuten-
verordnung vom 19. Dezember 1925 (S. 31)
S. 20) an das Reich abzuführen ist, am
Sonntag mit 6 Uhr abends eingestellt.
Darsg., den 1. Juni 1933.
Der Magistrat.

**Engel, Maier
und Götze**
haben Sie in
großer Auswahl
bei
Engel, Maier & Co.
Nieder-Eichsfeld,
Langensalza-Quartier.

**Speise-
Kartoffeln**
wobler vorzüglich.
Sauerkraut
eich., eich. und Schneidzettel,
Preis 45 Mark, Schneidzettel,
Preis 45 Mark.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Magdeburg.
Im Gewerkschaftsdenkmal, am 2. Juni, abends
9 Uhr, findet bei der Arbeiterkassen die
**Brauchenversammlung der Elektro-
monteure und Hilfsmonteure**
statt.
Tagesordnung:
Brauchenangelegenheiten, Verschickenes.
Kollekten, Bericht an eine Jubilarieler:
Gemeinschaft am 2. Juni in der „Waldheimer“.
Programme sind von den Funktionären zu
besuchen.
Der Verwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verb.
Verwaltung Magdeburg.
Kassend.
Am 20. Mai fand unter Mitglied
Hermann Benz
Fugler, ein Unfall, 30 Jahre alt.
Aber keinem Ansehen!
Die Verwaltung.
Die Versicherung findet am Freitag
den 4. Juni, vormittags 10 Uhr, von
der Halle der Arbeiterkassen aus statt.

Schlesinger.
Am Mittwoch den 2. Juni, morgens
1 Uhr, entfällt nach dem Schwenk
Arbeitslager mein lieber Mann, unter
guter Begehrtheit, Angehöriger, Tante,
Schwäger und Onkel, der Schneid-
arbeiter L. R.

Friedrich Sellmann
im 70 Lebensjahr.
Die Beerdigung findet am Samstag
den 3. Juni, nachmittags 3 Uhr, aus
der Kapelle der Arbeiterkassen aus statt.

Johannes Müllmann
nach langem Leiden nach erlittenem 7.
Am 1. Juni, nachmittags 1 Uhr,
Euseb Sellmann und J. Straß
nach längerem Leiden nach erlittenem 7.
Am 1. Juni, nachmittags 3 Uhr,
aus der Kapelle der Arbeiterkassen aus statt.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 8 Juni 1928

Säuglingsmilch.

Im Reichswirtschaftsrat wurde kürzlich die Gründung eines Reichsmilchgeschäftes vorgezogen, dessen Aufgabe die Förderung des Milchverbrauchs ist.

Vielfach bietet der Handel ja bereits eine Säuglings-Vorzugsmilch. Diese Milch ist aber für den größten Teil der Mütter zu teuer, und dann entspricht sie in der Regel nicht den Anforderungen, die an Säuglingsmilch zu stellen sind.

Es ist erwiesen, daß Tiere, die mit frischer Milch ernährt werden, normal gewachsen sind, während Vergleichstiere, die nur abgeschölte Milch bekamen, in der Körperentwicklung zurückblieben.

Darum, daß rohe und reine Milch die beste Ernährung für die Säuglinge ist, wird von keinem Wissenschaftler bezweifelt, und darum sollte man dafür sorgen, daß den Säuglingen, die nicht an der Mutterbrust ernährt werden, solche Milch bekommen können.

Von medizinischer Seite wurden bereits in ähnlicher Weise Maßnahmen für Säuglinge getroffen werden können, zeigt die neue städtische Milchföhrung in der städtischen Kofferei in Frankfurt am Main, die alle vom Arzte verordneten Milchmischungen für Säuglinge liefert.

Das besondere Maßnahmen für Säuglinge getroffen werden können, zeigt die neue städtische Milchföhrung in der städtischen Kofferei in Frankfurt am Main, die alle vom Arzte verordneten Milchmischungen für Säuglinge liefert.

Das Münchner Marionettentheater.

Das Marionettentheater Münchner Künstler veranstaltet am Freitag den 4. Juni, abends 8 Uhr, seine erste Vorstellung im Rahmen seines kurzen Gastspiels im Lustspieltheater im Lustspielgelande.

wirklich Eigenartiges, als hier durch die Mitarbeit einer großen Zahl von ersten bildenden Künstlern Münchens über 20 Jahre dem Ziele nachgestrebt wurde, die Sache der Marionetten mit ihrer Laune und ihrem Humor, aber auch mit ihren ernststen und tragischen Wirkungsmöglichkeiten zu einer ersten Angelegenheit der bildenden Kunst zu machen.

Im Anschluß an sein nächstes Gastspiel wird er einer Einladung nach Niederländisch-Indien folgen, um auf Java, Sumatra und Borneo der dortigen holländischen Gesellschaft ebenfalls seine eigenartige Kunst vorzuführen.

Nach Holland reiste Paul Brann mit seinem kostbaren Puppen- und Requisitematerial das letztmal in einem eigens für ihn gebauten und vom Kunstmalers Paul Neu in seiner eigenartig humorvollen Art bemalten Luftkraftwagen mit Anhängewagen.

Privatschulen.

Jahrzehntelang war man in weiten Kreisen geneigt, Privatschulen und deren Leistungen mit vorzüglicher Zurückhaltung zu betrachten, ja mehr oder weniger offenes Mißtrauen zu zeigen. Es schien, als wuzelte in der Volkseele noch immer die Vorstellung jener Zeiten, in denen der Lehrer ein Handwerker war.

Um so mehr aber sollten die Privatschulen darauf bedacht sein, ihren Kreis zu säubern von jenen, die nur Kaufleute sind, vorzügliche Kaufleute vielleicht, die aber dabei die Schule zu ihrer „Brande“ gemacht haben.

Eine noch größere Gefahr ist der Mangel an patriotischer Haltung. Eigenartig ist es, daß auch in dieser Beziehung gerade da oft geübelt wird, wo das Wert System an erster Stelle steht.

Einrichtungen vorzüglich waren, sahen die Kinder morgens in einer großen Klasse bei — 1 Grad Wärme! Daß der für 30 ausreichende Raum von nur acht Kindern benutzt wurde, ist eine Sache für sich. Das zum Nachlegen vorhandene Heizmaterial genügte gerade um das Feuer bis gegen 12 Uhr (der Unterricht dauerte bis 2 Uhr) zu unterhalten, wo dann eine Temperatur von 11 und 12 Grad erreicht wurde.

Verwunderlicher als das Bestehen solcher Zustände ist das Verhalten der Eltern, die nicht den Mut haben, für Recht und Gesundheit ihrer Kinder einzutreten, und sich kaum über Ohnfeigen beschweren. Das Recht der Mitarbeit sollte ihnen eine Pflicht sein.

Zusammen mit den Eltern sollten die guten Privatschulen geschlossen gegen solche Schädlinge vorgehen. Im eignen Interesse und im Interesse der Kinder und der Lehrkräfte, die unter solchen Voraussetzungen beide widerwillig arbeiten.

Wichtige Entscheidung für Angestellte.

Der Aja-Bund, Distrikt Magdeburg, schreibt uns: Ein Angestellter, Werkmeister bei seiner Firma, wurde von seinem Arbeitgeber fruchtlos entlassen. Da der Entlassene Mitglied der Betriebsvertretung war, erklärte das Arbeitsgericht die Auflösung des Angestelltenverhältnisses für unwirksam.

Reichstagsabgeordneter Dittmann spricht am Freitag den 4. Juni im Hofjäger Volkssentscheid und die Vorgänge in der Marine 1917.

Die Lampe mit dem roten Schirm.

Gerade unter diesem Bilde stand der Oberkommissar Bando, ein noch junger, schlanker Mann, und vor ihm lag ein alterer Mann, dessen verhörrten Zügen mörderischer Anstrich lag, daß er der Ueberbringer einer unangenehmen Mitteilung sein mußte, unangenehm nicht nur für ihn selbst, sondern auch für den Wachmeister Bodozovic, denn außerordentlich

„Na, das ist ja schön.“ antwortete Bando. „Aber ich bitte Sie, lassen Sie den Kaiserlichen Rat auf der Seiten, ich bin Oberkommissar bei der 1. und 2. Sicherheitspolizei, mehr nicht.“ „Jawohl, zu dienen, Herr Kaiserlicher Rat.“ — „warten, wollen Sie Herr Oberkommissar?“

war, dann vor dem Hauseingang Porto klopfen, schritten die andern, der Förner voran, durch das Tor, das hinter ihnen sofort wieder geschlossen wurde. Nach Art aller besten Wohnhäuser in Triest befand sich inmitten des mit Mosaikplatten ausgelegten Hofes die Loge des Portinarios, der, wie die meisten Förner der großen österreichischen Hafenstadt, irgendein Gewerbe, Pinetta war Schuhmacher, in jener Loge betrieb, so daß er sowohl die Eingänge jederzeit vor seinen beobachtenden Augen hatte.

Erhaltung des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte... Nach Auffassung der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte gehört zum Wesen des Beschäftigungsverhältnisses nicht nur die Bereitschaft des Angestellten zur Arbeitsleistung, sondern auch die Bereitschaft des Dienstherrn zur Annahme der Dienste.

Nach dieser Auslegung war jeder Arbeitgeber in der Lage, durch dauernde Beurlaubung eines Angestellten um die Zahlung des Arbeitsvertrags zur Reichsversicherungsanstalt heranzuziehen. Der Schaden erlitt der Angestellte, der nun die gesamten Beiträge zu leisten hatte, trotzdem seine Entlassung oder Beurlaubung zu Unrecht erfolgte.

Gerichtsentheide in Aufwertungsfragen.

Der „Amtliche Preussische PresseDienst“ gibt folgende neue Beschlüsse des 1. Zivilsenats des Kammergerichts in Aufwertungsfragen bekannt:

Der Pfandgläubiger einer nach Eintritt der Eingetragungsberechtigung an ihn in der Zeit vom 15. Juni 1922 bis 14. Februar 1924 in Papiermarkt gezahlten und gelösten Hypothek ist berechtigt, die Hypothek zur Aufwertung anzumelden und die Eintragung eines Widerpruchs gemäß § 16 Absatz 2 Seite 2 des Aufwertungsgesetzes zugunsten des Hypothekengläubigers und zu seinen eigenen Gunsten als Pfandgläubiger zu beantragen.

Das Verlangen einer Ergänzung des Eintragungsantrags ohne Bestimmung einer Zeit gemäß § 18 S. 2 ist unzulässig und gibt dem Antragsteller einen Beschwerdegrund.

Der Antrag des Eigentümers auf Eintragung der gefälligen Aufwertung bei einer vor dem 1. Januar 1918 erworbenen Hypothek enthält auch vor Ablauf der Frist des § 8 des Aufwertungsgesetzes nicht den Bericht des Eigentümers auf die Sachverhalte des Grundstücks und bringt ihn nicht zu enthalten. Er erhebt also nicht insofern eine zu der Eintragung erforderliche Erklärung; Eintragung erfolgt er eine Verwertung des Grundstücks. Danach befreit er, auch solange die Frist des § 8 noch läuft, nicht aus diesen Gesichtspunkten der Form des § 20 S. 2.

Die Verkaufszeiten für Betriebsstoffe.

Mit Rücksicht auf die stark zunehmende Zahl der Kraftwagenbesitzer in der neuen Zeit hat der preussische Handelsminister in einer Bekanntmachung vom 1. Juni 1924 den Verkauf von Kraftwagen, die mit Benzin- oder Spiritusmaschinen angetrieben sind, dem Verkauf von Kraftwagen, die mit Benzin- oder Spiritusmaschinen angetrieben sind, dem Verkauf von Kraftwagen, die mit Benzin- oder Spiritusmaschinen angetrieben sind, dem Verkauf von Kraftwagen, die mit Benzin- oder Spiritusmaschinen angetrieben sind.

Die der „Amtliche Preussische PresseDienst“ den zu dem Erfolg bezüglichen Bestimmungen anzuzeigen, müssen bei der Aufhebung der Betriebsstoffe alle notwendigen Angaben enthalten.

Die der „Amtliche Preussische PresseDienst“ den zu dem Erfolg bezüglichen Bestimmungen anzuzeigen, müssen bei der Aufhebung der Betriebsstoffe alle notwendigen Angaben enthalten.

Die der „Amtliche Preussische PresseDienst“ den zu dem Erfolg bezüglichen Bestimmungen anzuzeigen, müssen bei der Aufhebung der Betriebsstoffe alle notwendigen Angaben enthalten.

Die der „Amtliche Preussische PresseDienst“ den zu dem Erfolg bezüglichen Bestimmungen anzuzeigen, müssen bei der Aufhebung der Betriebsstoffe alle notwendigen Angaben enthalten.

Die der „Amtliche Preussische PresseDienst“ den zu dem Erfolg bezüglichen Bestimmungen anzuzeigen, müssen bei der Aufhebung der Betriebsstoffe alle notwendigen Angaben enthalten.

Die der „Amtliche Preussische PresseDienst“ den zu dem Erfolg bezüglichen Bestimmungen anzuzeigen, müssen bei der Aufhebung der Betriebsstoffe alle notwendigen Angaben enthalten.

Die der „Amtliche Preussische PresseDienst“ den zu dem Erfolg bezüglichen Bestimmungen anzuzeigen, müssen bei der Aufhebung der Betriebsstoffe alle notwendigen Angaben enthalten.

Die der „Amtliche Preussische PresseDienst“ den zu dem Erfolg bezüglichen Bestimmungen anzuzeigen, müssen bei der Aufhebung der Betriebsstoffe alle notwendigen Angaben enthalten.

Die der „Amtliche Preussische PresseDienst“ den zu dem Erfolg bezüglichen Bestimmungen anzuzeigen, müssen bei der Aufhebung der Betriebsstoffe alle notwendigen Angaben enthalten.

Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg... Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg...

Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg... Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg...

Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg... Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg...

Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg... Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg...

Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg... Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg...

Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg... Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg...

Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg... Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg...

Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg... Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg...

Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg... Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg...

Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg... Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg...

Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg... Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg...

Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg... Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg...

Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg... Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg...

Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg... Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg...

Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg... Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg...

Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg... Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg...

Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg... Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg...

Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg... Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg...

Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg... Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg...

Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg... Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg...

Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg... Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg...

Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg... Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg...

Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg... Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg...

Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg... Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg...

Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg... Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg...

Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg... Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg...

Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg... Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg...

Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg... Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg...

Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg... Die Verbandsvereine freigelegter Verbände Magdeburg...

lag ihm die besondere Pflicht ob, seinen Verpflichtungen in bezug auf die Lieferung von... lag ihm die besondere Pflicht ob, seinen Verpflichtungen in bezug auf die Lieferung von...

Der Angeklagte stellt... Der Angeklagte stellt...

Die Anzeige gegen... Die Anzeige gegen...

Der Angeklagte stellt... Der Angeklagte stellt...

Die Anzeige gegen... Die Anzeige gegen...

Der Angeklagte stellt... Der Angeklagte stellt...

Die Anzeige gegen... Die Anzeige gegen...

Der Angeklagte stellt... Der Angeklagte stellt...

Die Anzeige gegen... Die Anzeige gegen...

Der Angeklagte stellt... Der Angeklagte stellt...

Die Anzeige gegen... Die Anzeige gegen...

Der Angeklagte stellt... Der Angeklagte stellt...

Die Anzeige gegen... Die Anzeige gegen...

Der Angeklagte stellt... Der Angeklagte stellt...

Die Anzeige gegen... Die Anzeige gegen...

Der Angeklagte stellt... Der Angeklagte stellt...

Die Anzeige gegen... Die Anzeige gegen...

Der Angeklagte stellt... Der Angeklagte stellt...

Die Anzeige gegen... Die Anzeige gegen...

Der Angeklagte stellt... Der Angeklagte stellt...

Die Anzeige gegen... Die Anzeige gegen...

Der Angeklagte stellt... Der Angeklagte stellt...

Die Anzeige gegen... Die Anzeige gegen...

Der Angeklagte stellt... Der Angeklagte stellt...

Die Anzeige gegen... Die Anzeige gegen...

Der Angeklagte stellt... Der Angeklagte stellt...

Die Anzeige gegen... Die Anzeige gegen...

Der Angeklagte stellt... Der Angeklagte stellt...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Die Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold... Die Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold...

Die Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold... Die Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold...

Die Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold... Die Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold...

Die Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold... Die Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold...

Die Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold... Die Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold...

Die Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold... Die Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold...

Die Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold... Die Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold...

Die Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold... Die Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold...

Die Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold... Die Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold...

Die Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold... Die Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold...

Die Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold... Die Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold...

Die Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold... Die Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold...

Die Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold... Die Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold...

Die Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold... Die Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold...

Rundfunkprogramme.

Rundfunk-Programme. Berlin, Königsplatz... Rundfunk-Programme. Berlin, Königsplatz...

Rundfunk-Programme. Berlin, Königsplatz... Rundfunk-Programme. Berlin, Königsplatz...

Rundfunk-Programme. Berlin, Königsplatz... Rundfunk-Programme. Berlin, Königsplatz...

Rundfunk-Programme. Berlin, Königsplatz... Rundfunk-Programme. Berlin, Königsplatz...

Rundfunk-Programme. Berlin, Königsplatz... Rundfunk-Programme. Berlin, Königsplatz...

Rundfunk-Programme. Berlin, Königsplatz... Rundfunk-Programme. Berlin, Königsplatz...

Rundfunk-Programme. Berlin, Königsplatz... Rundfunk-Programme. Berlin, Königsplatz...

Rundfunk-Programme. Berlin, Königsplatz... Rundfunk-Programme. Berlin, Königsplatz...

Rundfunk-Programme. Berlin, Königsplatz... Rundfunk-Programme. Berlin, Königsplatz...

Rundfunk-Programme. Berlin, Königsplatz... Rundfunk-Programme. Berlin, Königsplatz...

Rundfunk-Programme. Berlin, Königsplatz... Rundfunk-Programme. Berlin, Königsplatz...

Rundfunk-Programme. Berlin, Königsplatz... Rundfunk-Programme. Berlin, Königsplatz...

Aus den Gerichtssälen.

Aus den Gerichtssälen... Aus den Gerichtssälen...

Aus den Gerichtssälen... Aus den Gerichtssälen...

Aus den Gerichtssälen... Aus den Gerichtssälen...

Aus den Gerichtssälen... Aus den Gerichtssälen...

Aus den Gerichtssälen... Aus den Gerichtssälen...

Aus den Gerichtssälen... Aus den Gerichtssälen...

Aus den Gerichtssälen... Aus den Gerichtssälen...

Aus den Gerichtssälen... Aus den Gerichtssälen...

Aus den Gerichtssälen... Aus den Gerichtssälen...

Aus den Gerichtssälen... Aus den Gerichtssälen...

Aus den Gerichtssälen... Aus den Gerichtssälen...

Regen-Regen-Regen

Rosenblende unmöglich! Vollwertiger Ersatz: Seifix

Es bleicht die Wäsche durch ein mildes, schneeweißes und vollkommen weiches.

Seifix

Eigentum des Volkes!

Bei der zweiten Beratung des Haushalts des Finanzministeriums kam es am Mittwoch im Preussischen Landtag zu überaus fürnischen Auseinandersetzungen zwischen dem Finanzminister und der Rechte über die Frage der Fürstenaufhebung, die von dem Abg. Mohr (Dt.-natl.) angeknüpft wurde. Wie tags zuvor gegenüber dem Ministerialdirektor Abegg, so glaubte die Rechte auch gegenüber dem Finanzminister Höppler-Mschoff mit fortwährenden Zwischenrufen die unbedingten Forderungen vom Regierungssitz aus zudecken zu können. Der Finanzminister ließ sich aber in keiner Weise verblüffen. Er ging zum Angriff über und schilderte mit unerbittlicher Kritik den nun bald seit 100 Jahren tobenden Streit um das Höhenzollvermögen.

Finanzminister Höppler-Mschoff:

Bei der Auseinandersetzung zwischen der Krone und dem Staate war die Krone Partei. Gleichwohl war durch seine staatsrechtliche Stellung der König in der Lage, in diesen Streit entscheidend eingzugreifen. Wiederholt hat er entscheidend eingegriffen. (Zuruf links: Zu seinen Gunsten!) Der Streit um Wusterhausen ist durch Kabinettsorder Friedrich Wilhelms 4. entschieden worden gegen das Votum der Staatsminister, gegen das Votum des Justizministers von Savigny. (Hört, hört! links.) Der Streit um Platom-Projanke ist zugunsten der Krone dadurch entschieden worden, daß ein Kabinettsorder, das von den Ministern als unverbindlich hingestellt wurde, von der Krone bestätigt worden ist. Der Streit um Schwedt-Bieraden ist dadurch zugunsten der Krone entschieden worden, daß die Krone dem Justizminister beauftragte, die Krone vor dem Geheimen Justizrat zu verfragen.

So hat in drei entscheidenden Fällen — es handelt sich um drei wesentliche Güterkomplexe,

die vielleicht den größten Bestandteil des Vermögens überhaupt ausmachen — die Krone in eigener Sache kraft ihrer staatsrechtlichen Stellung entschieden. Dadurch sind der Krone zunächst einmal vorläufig zugefallen Platom-Projanke, Bieraden-Wildenbruch und Wusterhausen. In der Zwischenzeit waren Wusterhausen und Bieraden — ich führe nur einige besonders kennzeichnende Beispiele an — von der Domänenverwaltung des Staates verwaltet worden. Von diesen Güterkomplexen waren Güter verkauft worden, um die Schulden des preussischen Staates aus den Befreiungskriegen zu bezahlen. (Hört, hört! links.) Man war davon ausgegangen, daß diese Güter Eigentum des Staates seien. Nachdem entschieden war, daß sie nicht als Eigentum des Staates, sondern als Eigentum der Krone zu beiracheten seien, wurden nunmehr von der Krone Forderungen erhoben, als Teile dieser Güter in der Zwischenzeit zugunsten des Staates verkauft und die Erlöse zur Tilgung der Schulden verwendet waren. (Hört, hört! links.) Auch diese Forderungen sind auf Anordnung der Krone zugunsten der Krone erledigt worden. (Hört, hört! links.) Diese Mittel, d. h. der Erlös aus dem Verkauf von Gütern, die verkauft waren, um Staatsschulden zu bezahlen, sind der Krone wieder zugeflossen und haben den Grundstock der Kapitalienfonds der Krone gebildet. (Sehr richtig! links.)

Der ganze Streit wäre nicht in die Erscheinung getreten, wenn die Krone den großen Standpunkt eingehalten hätte, wie er von Friedrich 2. eingenommen war und wie er in den Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts zum Ausdruck kommt. (Sehr richtig! links.) Das Allgemeine Landrecht geht davon aus, daß der gesamte unbewegliche Besitz Eigentum des Staates sei und daß der König nur Anspruch auf gewisse Einkünfte dieses unbeweglichen Vermögens habe, damit das Oberhaupt des Staates die ihm obliegenden Pflichten erfüllen und die dazu erforderlichen Kosten bestreiten könne. (Hört, hört! links.) Das ist der grundsätzliche Standpunkt des Allgemeinen Landrechts, wie er auch vom Freiherren vom Stein vertreten worden ist, als die Frage erörtert wurde, ob ein Teil der Domänen verkauft werden dürfe, um die Schulden des Staates aus den Befreiungskriegen zu bedecken. Das ist der grundsätzliche Standpunkt, der auch von den früheren Justizministern und Finanzministern in den Auseinandersetzungen mit der Krone vertreten wird.

Der Rechtsstandpunkt des preussischen Staates ist im Rechtsgutachten dargelegt, das im Jahre 1922 vom Finanzministerium ausgearbeitet worden ist. Nach diesem Rechtsgutachten ist Platom-Projanke

zu Unrecht der Krone zugefallen,

ebenso Schwedt-Bieraden und Wusterhausen. (Sehr richtig! links.) Große Anzucht rechts. (Stimme des Präsidenten.)

Ich muß dann noch an den Verkauf des Akademievermögens erinnern. Das Akademievermögen ist seinerzeit als Eigentum der Krone betrachtet worden. Der Staat hat es im Tausch erworben und man hat ausserdem der Krone noch mehr als acht

Millionen dafür gegeben. (Hört, hört! links.) Nachher hat sich das Staatsministerium auf den Standpunkt gestellt, daß man zu Unrecht das Akademievermögen als Privatvermögen betrachtet habe. Auch dieses Geschäft ist zu Unrecht erfolgt und auch hier hat die Krone Vorteile erworben, die ihr nicht gebühren. (Hört, hört! links.) Lebhafter Zuruf rechts. (Stimme des Präsidenten.)

Der Volksentscheid, den ich gern hätte vermieden gesehen, ist in der Verfassung vorgesehen. Vom frühern Gesetzgeber — das war der König — ist zugunsten der Krone entschieden worden. Nunmehr soll der heutige Gesetzgeber entscheiden. Wie er entscheiden wird, weiß ich nicht. Jedenfalls kann man seine Entscheidung unter keinen Umständen einen Raub nennen.

Abg. Dr. Baentig (Soz.)

begrüßt, daß der Finanzminister dargelegt habe, wie man vom Rechtsstandpunkt aus in der Abfindungsfrage zu ganz andern Ergebnissen komme, als die Deutschnationalen. Mit dem formalen Recht ist in der Abfindungsfrage überhaupt nichts anzufangen. Schon ein alter römischer Rechtsgrundsatz sagt: Summum jus, summa injuria. Das heißt: Formales Recht kann höchstens faktisches Unrecht sein.

Bei der Besprechung des Etats des Finanzministeriums richtet Abg. Baentig an das Finanzministerium die Frage, wie es mit den seit Anfang des Etatsjahres 1924 fortgesetzt bezahlten Jahresrenten für frühere reichsfreie Fürsten

siehe. So habe man an den Fürsten Salm-Gorjimar 60 000 Mark, an den Fürsten zu Wied 40 000 Mark, an den Herzog von Trenkerg 40 000 Mark und an den Herzog von Croh 16 000 Mark gezahlt. Aus welchen Titeln sind diese Summen bezahlt worden und welche rechtliche Grundlage besteht dafür?

Die Umgestaltung der Krongutverwaltung will Abg. Baentig bis nach der Entscheidung über die Abfindung verschoben wissen. Für die verschiedenen Bauverwaltungen der einzelnen Ressorts verlangt er eine Konzentrierung bei dem Finanzministerium.

Der frühere preussische Finanzminister v. Richter (D. Vpt.) nahm gegen die Haltung des Finanzministers in der Abfindungsfrage sowie gegen dessen Tätigkeit bei den Veranstaltungen des Reichsbanners scharf Stellung. Das gab dem Finanzminister Höppler-Mschoff Anlaß, noch einmal die Haltung und Taktik der preussischen Regierung in der Abfindungsfrage zu rechtfertigen. Was das Reichsbanner angeht, betonte der Minister, so sehe ich in ihm nicht eine Parteiorganisation, sondern eine Organisation

zum Schutze der deutschen Republik.

Als republikanischer Minister ist es für mich eine Selbstverständlichkeit, die Arbeit des Reichsbanners für den Gedanken des Verbundenheits des deutschen Volkes mit der Republik zu unterstützen. Gegen Ende der Sitzung nahm dann noch

Abg. Meier (Berlin, Soz.)

das Wort zur Volksentscheidungs- und Abfindungsfrage. Der ganze Kampf um die Fürstenaufhebung, betonte Meier, hat bis jetzt klar gezeigt, daß es sich hier um eine politische Frage und nicht um eine Rechtsfrage handelt. Die Reden der Rechte über den Volksentscheid hat ihre guten Ursachen: es geht um die Macht in Preußen. Der Volksentscheid soll angeblich die niedrigen Instanzen einschleichen. Der Terror bei dem Volksbegehren hat mit niedrigen Instanzen natürlich nichts zu tun. Dieser Terror soll jetzt wiederholt werden. Daher die Parole der Rechte auf Nichtbeteiligung am Volksentscheid.

Auch die Wirtschaftspartei stimmt nun in das Geschäft mit ein, daß es sich bei dem Volksentscheid um die Frage Weis oder nicht? handle. Man vergißt ganz, daß Leute, die sich im Laufe der Jahrzehnte und Jahrhunderte

widerrechtlich ein Nervenvermögen angeeignet

haben, gar nicht enteignet werden können, wenn man dem Volk das zurückgibt, was ihm gehört. Die Kabinettsordere haben den am Volk begangenen Diebstahl gesetzlich legalisiert. Dieses Unrecht gilt es jetzt wieder gutzumachen. Mit den Fürsten war eine vernünftige Regelung nicht möglich. Die Wirkungsversuche des volksparteilichen Finanzministers Dr. von Richter beweisen das zur Genüge.

Die Rechspartheien fordern, daß die Fürsten nicht anders behandelt werden wie Meier, Müller, Schulze. Deshalb beruft man sich auf die Verfassung, die man sonst herunterreißt. Die Rechte will das angebliche Vermögen Wilhelms 2. retten. Der Defektor von Doorn hat bereits viel mehr verloren als sein Vermögen. Der Defektor hat seine Ehre eingebüßt. In der Defektorfrage plädiert die Rechte nicht dafür, daß der frühere Kaiser ebenso behandelt werde wie Meier, Müller, Schulze. Die gewöhnlichen Defektoren wurden erschossen.

Das Urteil des Volkes über die Höhenzoller ist längst gesprochen. Wir sind nicht bange um den Ausgang des Volksentscheids. Die Stunde der Vergeltung ist gekommen. Freitag: Weiterberatung.

Seid ihr nicht! Binnt in eure Berufsorganisation, den Bergarbeiterverband! Werdet Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und Lesers der „Volksstimme“!

Den abgedankten Fürsten will man Milliarden nachweisen zur Bekämpfung der Republik, den Generalen und sonstigen Offizieren und hohen Beamten gibt man ungeheure Pensionen, ohne daß sie Invaliden sind, auch aber, den vielklügelten Invaliden, den Kranken und euren Familienangehörigen verweigert man die ärztliche Hilfe. Die große Rente und Pension wird gekürzt, angeblich weil die Wirtschaft die sozialen Lasten nicht tragen kann, trotzdem sie Tausende und aber Tausende für ihre gelben Schlüsselringe und Hemesorganisationen übrig hat. Darum rufen wir euch in letzter Stunde zu: An die Arbeit, Kameraden, dann wird auch der Sieg unser sein!

Kreis Jerichow 1.

Gommern. Reichsbund der Kriegsbeschädigten heute (Donnerstag) abend im Gasthof zum Stern Mitgliederversammlung. Kreisvorsitzender Kamerad Giese (Burg) hält einen Vortrag über den Stand der Rentenversorgung. — Die Konsum- und Spargenossenschaft hielt eine gut besuchte Generalversammlung verbunden mit einer Warenausstellung im großen Saale der „Sonne“ ab. In langen, reichgedeckten, mit grünem Grün verzierten Tafeln hatten die Mitglieder Platz genommen. Von der Tribüne wehte die große Genossenschaftsfahne. Den Geschäftsbericht erstattete Geschäftsführer Wilhelm Lenz. Mit der Genossenschaft geht es vorwärts. In letzter Zeit hat die Zahl der Mitglieder beträchtlich zugenommen. Trotz alledem muß der Umsatz noch gehoben werden. Die Fleischerei hat sich gut bewährt. Den Bericht vom Verbandstag in Rastfel gab ebenfalls der Geschäftsführer. Die drei durch das Los ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt. Dann besichtigte man die schön dekorierte Warenausstellung. Die Versammlungsteilnehmer sprachen sich sehr lobend über die ausgestellten Waren aus. Man sah auch, daß die Genossenschaft preisregulierend wirkt und konnte die Güte der Waren feststellen. Es wurden dann geschäftliche Angelegenheiten erledigt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Genosse Penzel, sprach eingehend über den Wert der Genossenschaft und empfahl eifrig für die Genossenschaft zu werben, damit recht bald noch ein erhöhter Umsatz erzielt wird. Beschwerden und Anregungen über Verbesserungen nahmen der Aufsichtsrat und der Vorstand entgegen. In der Aussprache beteiligten sich die Genossenschaftler Duschow (Loburg), Trusch (Loburg), Enderling, Lenz und Ebel (Gommern).

Stadtkreis Burg.

Geyrothsberge. Berichtigung. Zu unserm Bericht über die Preistreiberei bei der Weisenberpachtung teilen wir richtigstellend mit, daß nicht der Nachwächter das Höchstgebot abgab, sondern ein Magdeburger Obsthändler.

Die Kräfte für den Volksentscheid. Die Partei hatte die Wählerchaft aufgerufen zu einer öffentlichen Versammlung, in der Reichstagsabgeordneter Genosse Wittmann (Berlin) über die Fürstenaufhebung sprach. Die Versammlung war trotz des schönen Wetters gut besucht. Eine gewaltige Bewegung kam das deutsche Volk ergriffen. Das Volksbegehren zur Fürstenaufhebung haben mehr als 12 Millionen Wähler unterschrieben. Am 20. Juni hat nun das Volk zu entscheiden, ob es den Fürsten Milliardenwerte zuschancen will. Zu den 12 Millionen, die sich einzzeichnen ließen, müssen noch weitere 8 Millionen Wähler mit Ja stimmen, wenn das Volk über die Monarchisten siegen soll. — Eine Werbestätte, wie sie noch niemals zu leisten war, muß bis zum 20. Juni, dem Tage der Abrechnung des Volkes mit den Fürsten, geleistet werden. Keiner darf launlos beiseitejäten und da glauben, es ging auch ohne ihn. Die Monarchisten werden mit der verlogenen Agitation gegen den Volksentscheid arbeiten. Mit Entopörung muß sich das Volk gegen diese Machenschaften der Fürstenrechte wenden. Die Reaktionskräfte wollen dem Volke weismachen, daß die Fürsten Not leiden müßten, wenn der Volksentscheid negt. Das ist Schwindel. Die ehemaligen Fürsten werden auch nach der Enteignung Pensionen, Geld und Besitztümer genug haben, daß sie herrlich und in Freuden leben können. Jeder, der an die Unmacht der Fürsten glaubt, muß wirklich ein Wort vor dem Kopfe haben. Die Fürsten waren immer vom Stamme Rumm“ und das deutsche Volk verdient Prügel, wenn es den Ausbeutern, die an jenem Unglück schuld sind, dafür noch Milliarden ident. Am 20. Juni muß jeder Stimmzettel mit Ja angekreuzt werden. Jeder der sich bei dem Volksentscheid über den Kampf mit den Ausführungen. Gegner des fürstlichen Reichs und der Krone glaubt, muß wirklich alle Anwesenden auf sich zur Mitarbeit am Freitag im Gewerkschaftshaus zu melden. —

Aus dem Fenster gestürzt hat sich im Karbenfischer die Wandaufhängerin Gertrud A. Trostner der Sturz aus erheblicher Höhe erfolgte. Kam die Unglückliche mit leichten Verletzungen davon und wurde dem Krankenhaus zugeführt.

Vom Blitz erschlagen. Während des Gewitters wurde die Ehefrau Schnelle aus der Nachweidenstraße vom Blitz erschlagen. Sie war mit ihrem Väterchen auf dem Acker, um Kartoffeln zu haken, als sie vom Gewitter überfallen worden und unter einem Baum Schutz suchte. Die Tochter kamen glücklicherweise mit dem Schrecken davon. Es ist immer wieder notwendig, darauf hinzuweisen, sich beim Gewitter nicht unter Bäume zu stellen. —

Anfall. Der Bergarbeiter August B. kürzte in der Fabrik vor G. Reinte von einer Treppe herab und brach sich das rechte Schenkelgelenk. Die Arbeiterkammer leistete die erste Hilfe. —

Kreis Baugleben.

Alein-Unterleben. In der Sitzung der Parteifunktionäre am Dienstag erbat Genosse Stojze Bericht vom Unterbezirksrat in Seehausen. Alffring wurde anerkannt, daß eine intensive Agitation für die Partei und für die „Volksstimme“ nötig ist. Scharf beurteilt wurde, daß viele Mitglieder der hiesigen Arbeitervereinigungen weder Parteimitglied noch Leser der Parteipresse sind. Einige lesau sogar den „Generalanzeiger“ und unterstützen damit die Gegner der Arbeitererschaft. Politische Aufklärung muß man vergeblich in derartigen Blättern, aber wo es gilt, der Arbeitererschaft von hintenherum eins auszuwaschen, da sind sie immer dabei. Aufklärung ist dringend notwendig gerade beim Volksentscheid. In es doch Tatsache, daß viele nicht wissen, daß sie beim Volksentscheid mit „Ja“ stimmen müssen. Nicht das „Nein“ ist anzustreben. Der Volksentscheid fordert die Fürstenaufhebung und nicht die Fürstenaufhebung. Jeder, der es mit dem Volke gut meint, muß also das „Ja“ auf dem Stimmzettel ankreuzen. Die Monarchisten arbeiten mit Hochdruck, um das Volk zu beiraten und zu verblenden, und es ihren Wünschen gefügig zu machen. In unserm Orte wurden unter Führung des Bauers Roether, der allerdings hier bald abgewandert haben wird, der Evangelische Elternbund, der Viechenbund, die Frauenhilfe und wie die Munde alle heißen mügen, für die Agitation gegen den Volksentscheid bemüht. Es muß hierbei einmal öffentlich gesagt werden, daß die Frauen verschiedener Geschäftsleute, die sich als Sozialistinnen gebären, Mitglieder im Viechenbund sind und damit für die Fürsten, gegen das Volk helfen. Das wird sich die republikanische Bevölkerung merken. Wer von diesen Lesern nicht mit uns ist, der ist gegen uns und hat die Unterstützung der Arbeitererschaft verweigert. Unser Ortsteil ist republikanisch, das weiß auch am 20. Juni hart zum Ausdruck kommen. Wer nicht zur Wahl geht, ist gegen die Republik. Er werden also diesmal aufre

Nachrichten aus der Provinz.

Knappschaftsversammlung.

Vom Verband der Bergarbeiter wird uns geschrieben: Die Bezirksversammlung der Sudberräcker Knappschaft in Magdeburg jagte dem neuem, daß mit den Arbeitgebern, solange sie die wirtschaftliche Hebermacht haben, keine Sozialpolitik zu machen ist. Der Antrag der Versicherungswörter, die Familienhilfe durch Annahme der eingereichten Sondervorschriften wieder einzuführen, wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt. Die Arbeiter und Angehörigen stimmten dafür, die Arbeitgeber dagegen. Die Erklärung der Arbeitgeber, daß sie es freudig begrüssen würden, wenn die Familienhilfe wieder eingeführt würde, die Wirtschaft aber nicht in der Lage sei, diese Maßnahme zu tragen, kam einer Verhöhnung der Versicherungswörter gleich. Als danach vom dem Versicherungswörter der Antrag gestellt wurde, auf Grund des § 86 des ReichsKnappschaftsgesetzes und des § 25 b der Reichsversicherungsverordnung die Kosten für die Familienhilfe allem antragen, erklärten die Arbeitgeber, sie könnten den Arbeitern bei den niedrigen Löhnen unmöglich zuruten, die Kosten allein zu tragen, und lehnten auch diesen Antrag ab.

Wenn sie fürher bei einem andern Punkt der Tagesordnung sich bitter darüber beklagten, daß sie bei dem Inkrafttreten der Knappschafts-Novelle von der Verwaltung fast völlig ausgeschlossen wären, weil die Versicherungswörter drei Kämpfe und sie zwei und fünf der Stimmen in den einzelnen Körperchaften hätten, so hat wohl die Abweisung der Wideraufführung der Familienhilfe durch die Arbeitgeber zur Genüge bemerkt, daß die Verwaltung der Arbeitgeber in den Verhandlungen nun endlich befehligen werden muß. Mit welchem Rechte berufen sich die Arbeitgeber eigentlich auf die Gleichstellung in den Verhandlungen? Gewo aus die nicht abgeführten 30 Millionen Beitragsgebeln an den ReichsKnappschaftsvereine? Wenn man bedenkt, daß von diesen 30 Millionen 15 Millionen von den Arbeitnehmern einkubeltene Prämie sind, so geragt das an Petrus und man möchte sich eigentlich wundern, daß hier der Staatsanwalt noch nicht eingegriffen hat. Daß die Arbeitgeber auf den einzelnen Werten selbständig die Familienhilfe schon eingeführt haben, nur um das

Knappschaftsgesetz zu sabotieren, müßten sie zugeben. Aber so meinen sie, das ist ja ganz etwas andres, da sind wir doch Herr im Hause.

Von den Versicherungswörtern wurde weiter bemängelt, daß jetzt erst die Rechnungslegung für 1924 erfolgt sei und beantragt, daß im ersten Halbjahr nach Ablauf des Geschäftsjahres die Rechnungslegung erfolgen soll. Der Antrag wurde angenommen. Ferner wurde von den Versicherungswörtern beantragt: „Absehlich findet mindestens eine Vermittlung der Knappschafts- und Angehörigenkreise zur Information sein.“ Auch diesem Antrage wurde nach längerer Ausdrache zugestimmt. Schließlich wurde noch eine

Entscheidung an dem Reichstag

einstimmig angenommen, die folgenden Wortlaut hat:

Die Bezirksversammlung der Sudberräcker Knappschaft erhebt gegen den Beschluß des 9. Ausschusses (Soziale Angelegenheiten) nur 50 Prozent der Pensionisten der Invaliden unter Ausschluss der Kosten für die Alterspension auf dem ReichsKnappschaftsverein zu übernehmen, Einspruch. Sie beantragt: Der Reichstag wolle beschließen: Die gesamten Kosten der Pensionisten bei der ReichsKnappschaftsvereinen als alleiniger Träger der Versicherung zu übernehmen. Rinderkand ist die Novelle zum ReichsKnappschaftsgesetz dahin zu ändern, daß die Pensionisten für die Alterspensionen ebenso auf dem ReichsKnappschaftsvereinen und die Bezirksvereine verteilt wird, wie die Pensionisten für die nach § 25 des ReichsKnappschaftsgesetzes pensionierten Invaliden.

Bergarbeiter, Invaliden, Witwen und Arbeitskollegen! Ihr ersehnt, mit welchen Mitteln versucht wird, das Knappschaftsgesetz zu sabotieren und die Rimmerhaltung durch die Versicherungswörter in den einzelnen Körperchaften illusorisch zu machen. Der Entwurf der neuen Knappschafts-Novelle, wie sie in der letzten Sitzung des 9. Ausschusses des Reichstags angenommen ist, bringt neben einigen Verbesserungen, wesentliche Verschlechterungen sowohl für die Witwen, Invaliden, als auch für die Mitglieder. Abgewendet werden kann das nur, wenn die Interessenlosigkeit der Arbeiter, Invaliden und Witwen bestragt wird. Darum organisiert euch! Geht am 20. Juni auf die Wahl

Zum Sommerfluß Billig in folgenden Abteilungen:

Soweit Vorrat!

Kleider- u. Seidenstoffe

Waschmusselin in großer Kusteranswahl	Meter 88 68	45
Leinen-Imitat gestreift, für Kleider	Meter	68
Proffe für praktische Kleider	Meter	95
Kinder-Schotten reizende Muster	Meter	95
Wollmusselin geismadvolle Ausmusterung	Meter	1.75
Foulardine neuart. Sanddruckung, mit Seiden- glanz	Meter	1.95
Waschseide gestreift und farbig	Meter 25 1.75 1.45	1.25
Robeide naturfarbig, 92 cm breit	Meter	3.50
Helvetia in vielen Farben, große Breite	Meter	3.50
Robeide in entzückenden neuen Druckmütern, ca. 90 cm breit	Meter	4.95
Sehr japanische Waschseide glanz, extra weicher Qualität, ca. 92 cm breit	Meter	7.20

Billige Kurzwaren

Kalender-Zettel	28
Kalender	45
Sammlung Notizen	13
Notizbuch	13
Notizbuch	40
Notizbuch	25

Konfektion

Waschkleider aus Musselin-imitat, in hübschen, bedeckten Farben	Mf. 3.95	2.95
Waschseiden-Kleider jugendliche Form, in modernen Dessins, mit Garnitur	Mf. 5.90	3.95
Waschseiden-Kleider hübsche moderne Bordüre Kleider, zweifarbig	Mf. 10.75	7.50
Bordüren-Kleider reizende Recheniten, in Seide seide sowie in Bast, neueste Muster	Mf. 14.75	13.50
Moderne Voile-Kleider neue Blumenmuster eleg. Ausfüh. Mf. 15.30		7.90
Mäntel aus praktischen Stoffen, jugendliche Formen	Mf. 11.50	10.50
Mäntel a. reifmoll. Nies m. zeitl. haltengarnitur mod. Rechart. i. viel. Modefarb. Mf. 29.50		24.50
Voile-Blusen Jumperform, mit Schleier	Mf. 3.90	2.45
Voile-Blusen Jumperform, mit reichem Satot, wohlfaun u. Hefegarnitur	Mf. 9.75	6.90
Blusen aus guter Stoffeide in einfarbig und gestreift	Mf. 5.90	3.90

Putz

Kinder-Waschweste weiß und farbig	Mf. 75
Kinder-Lackschwester	Mf. 1.95
Jugendl. Hut mit reizender Blumen-garnitur	Mf. 2.25
Damen-Strandhut aus Waldstoff, in weiß	Mf. 2.45 1.95
Frische leichte Kappe aus Flauchstoff oder Tüll, mit Gummigug	Mf. 1.95
Ripsleinen-Hut für Damen, in schönen leichten Farben	Mf. 2.95
Entzückender, weißer Filzblenden-Hut	Mf. 5.95
Frauen-Hut aus Stroh, mit echter Reiter-garnitur	Mf. 5.95
Roberner, weißer Strophen-Hut aus neuartiger Wollborde, in weiß und farbig	Mf. 7.95
Wollborden-Hut Kappenform, in Pastellönen	Mf. 9.75

Strumpfwaren

Damen-Strümpfe mit dopp. Spitzen und Ferjen	Paar	35
Damen-Strümpfe schwarz und farbig	Paar	58
Damen-Strümpfe mit dopp. Sohlen, Spitzen u. Hefefersen, schwarz	Paar	78
Damen-Strümpfe prima Seidenflor, mit Reif, mit feinen Schönhheitsfletern, farbig	Paar	78
Damen-Strümpfe Ia. Baumw. in Reif, Doppelt	Paar	95
Damen-Strümpfe prima Blau, m. Doppelt und Hefefersen	Paar	1.20
Damen-Strümpfe prima Seidenflor, feines Ge-webe, mit Doppelt u. Hefefer-	Paar	1.50
Damen-Strümpfe schwarz, und moderne Farben	Paar	2.10
Herren-Socken mit doppelten Spitzen u. Ferjen	Paar	39
Herren-Socken grau feine Baumwolle, mit doppelt.	Paar	45
Herren-Socken Spitzen u. Ferjen, farbig	Paar	68
Herren-Socken feine Baumwolle, farbig, modern. Karomuster	Paar	1.35 98

Farbige Damen-Wäsche

Hemdhosens	Keladette, in schönen, leichten Farben, mit breiter Solancienne-Spize	Mf. 3.75	3.95
Nachthemden	Satinform, aus feinstämmigen Stoffen, mit farbigem Streifen und Aufschlägen	Mf. 7.55	5.35

Billige Kurzwaren

Nähseide	6 Rollen à 30 Mtr.	für	25
Stopfwist	schwarz und farbig 6 Knäuel	für	28
Leinenzwirn	à 20 Meter Stern	für	25
Leinen-Rollschuur	2 Stücke à 7 Meter	für	45
Wäscheknöpfe	prima Schirting	für	23
Stahlstecknadeln	fortierte Größen	à 30 Gr.	für 36

Lohnwerk u. Dänische

Erweiterung 51-52.

Strom so billig?

Will Sie sich mit dem Stromverbrauch beschäftigen?

Zeitplanung ohne Mühe!

Besteht bei Stromplanung:

1. Stromkosten	5.00
2. Stromkosten	...
3. Stromkosten	...
4. Stromkosten	...
5. Stromkosten	...
6. Stromkosten	...
7. Stromkosten	...
8. Stromkosten	...
9. Stromkosten	...
10. Stromkosten	...

Verkaufsstelle: ...

KOSMIOS Glo-Glo

Die feine J & K Cigarette für den verwöhnten Raucher.

Billigste Fleisch-Offerte!

Größe Rinderleber ...

Richard Hoff, Marktstraße 20.



Genosse Müller ist lachend, er hat seinen abnommt. Begrüßt heißt er es und rings um den Tisch um „Laden Gels“.

Adressen: „Laden Gels“ (Nr. 25 P1) beim Verlag J. B. W. Eder, Markt, Berlin SW 61, Lindenstraße 2, bei den Zehngebäu. od. durch den Buchhändler.

Die höchsten Stab

von ...

...

Kredithaus

Bartfeld, Rotekrebsstr. 29/30

Meiner geliebten Kundschaft zur Nachricht, daß ich mein Geschäft am 7. Juni nach dem Räumen der

Firma Fuchs & Co., Breiter Weg 130/131 Tr.

verlege

und auch die Kunden der Firma mit übernehme.

Die Gänsebläuer u. Entenbläuer

Reinweiß

...

Spezialpapier

...

Spezialpapier

...

Spezialkartoffeln

gelb- und weißfleischig, feinst.

Hermann Kintreter

...

Geschäfteneröffnung!

Der neuerrichtete Geschäftsbetrieb ...

Wilhelm Koch